

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Dezember 1930

Oesterreich nach den Wahlen.

Von Friedrich Austerlitz.

Int. Institut
Ges. Geschichte
Amsterdam

SPD. Es hat lange Zeit gedauert, bevor es gelungen ist, der Regierung Vaugoin klarzumachen, dass sie aus den Wahlergebnissen die Konsequenzen zu ziehen habe, und auch die Bildung der neuen Regierung, der Regierung Ender-Schobex ist erst nach Ueberwindung mannigfacher Hindernisse zustande gekommen. Aber gegen ein klares Votum der Wähler erweist sich auch die ausgebildetste Kleberei als machtlos: jener antimarxistische Kurs, der sich eingebildet hat, eine Politik der Aechtung und Einkreisung der Partei der Arbeiter betreiben zu können, ist in Oesterreich zu Ende. Die faschistische Ideologie, die nun in halb Europa die Demokratie zu unterhöhlen beginnt, findet in Oesterreich keine Heimstatt; hier hat die Demokratie die Schlacht gewonnen.

Unverkennbar hatte die Lage in Oesterreich eine gewisse Ähnlichkeit mit der in Deutschland. Hier wie dort war es eine Minderheitsregierung, die das Parlament aufgelöst hat, und da, obwohl es in den Wahlen alles andere als gesiegt hat, das Kabinett Brüning am Ruder blieb, bildete sich auch die Regierung Vaugoin ein, trotzdem sie den Wahlkampf verlor, das Heft weiter in der Hand behalten zu können. Aber was äusserlich ähnlich scheint, ist innerlich völlig verschieden. Denn es ist auch dem auswärtigen Betrachter nicht unklar, dass die Regierung Brüning, die mit den Sozialdemokraten paktieren muss, eine andere ist als die Regierung gleichen Namens, die den Reichstag auflöste, um über die Sozialdemokratie zu siegen. Aber darüber hinaus: die Regierung Vaugoin war, aller Beteuerungen ihrer verfassungsmässigen Gesinnung ungeachtet, mit faschistischem Geiste infiziert. Wenn sie gesiegt hätte, wäre in Oesterreich der legale Faschismus, jene bourgeoise Diktatur, die ihr Werk in Form von Gesetzen betreibt, unvermeidlich ausgebrochen, immer fundiert mit der Drohung mit dem offenen Putsch! Man duldet und begünstigt nicht die Bewaffnung der Heimwehren, wenn man nicht entschlossen ist, sich ihrer wenn nötig auch zu bedienen. Die Analogie, auf die sich die österreichischen Christlichsozialen, weil das deutsche Zentrum "ihre Bruderpartei" ist, gerne berufen möchten, war also in Wahrheit nie vorhanden. Weil in Deutschland die Minderheitsregierung zur Verfassung, zur Republik immerhin stehen will, wogegen jene österreichische Minderheitsregierung, die sich mit den Putschisten so offen verbündete, dass sie sogar die zwei ärgsten von ihnen in die Regierung nahm, überhaupt nichts anderes war und etwas anderes gar nicht sein wollte, als ein bewusstes Regieren gegen die Arbeiterklasse.

Aber die sechzig Tage Vaugoin bleiben für die Republik Oesterreich nur eine Epoche, eine freilich, deren Lehren nicht vergessen werden sollten, die aber nun liquidiert wird. Der Plan ist einesteils an dem Elan der österreichischen Sozialdemokraten gescheitert, deren Kolonnen trotz der dreijährigen Belagerung keinen Augenblick gewankt haben, aber auch, was nicht anzuerkennen keinen Sinn hätte, deshalb, weil sich im Bürgertum selbst eine Reaktion geltend

machte, die, wenngleich in den Mandatserfolgen nicht übermässig imponierend, ausgereicht hat, dem Wahn von der "unwiderstehlichen Volksbewegung", als welche die Heimwehren von ihren Bewunderern angepriesen wurden, ein Ende zu bereiten. Zwar hat der Schoberblock nur neunzehn Mandate heimgebracht, aber das genügt doch, die Vorstellung von der Mehrheit, die für den anschleichenden Faschismus im Volke sich gesammelt habe, als kindliche Utopie zu erweisen. Und da diese Mandate nicht mehr, wie vor drei Jahren in Seipels Einheitsliste, als Geschenk empfangen, vielmehr im Kampfe erstritten wurden, haben sie nunmehr ihr Eigengewicht erhalten.

Die Kursänderung, die nun beginnt, drückt sich vor allem darin aus, dass die Regierungskoalition auf Christlichsoziale und Schoberblock beschränkt ist, der Heimatblock in die Koalition nicht aufgenommen wurde. Das ist um so bemerkenswerter, als diese Regierungskoalition, zahlenmässig betrachtet, recht schwach ist (85 Mann von den 165, die der Nationalrat zählt), der Gedanke, sie zu einer "grossen Koalition" zu machen, nämlich die acht Heimwehrabgeordneten in sie aufzunehmen, rein technisch gesehen, eigentlich nahegelegen hätte. Er wurde auch von den Christlichsozialen mit Leidenschaft vertreten. Aber in eine Regierung, die sich vorsetzt, den Glauben an die Demokratie zu festigen und um der so zerrütteten Wirtschaft willen auf Bewahrung der friedlichen Ordnung bedacht zu sein, in eine Regierung der Verfassungsmässigkeit Putschisten aufzunehmen, das war innerlich so unmöglich, dass es nicht geschehen konnte und nicht geschehen ist. Der junge Herr Starhemberg, der sich einbildet, ein österreichischer Hitler zu sein, der so forsich verkündet hatte, er werde sich das Ruder, das er einmal ergriffen, nie wieder aus der Hand nehmen lassen, der ist nun glatt ausgeschifft worden, und es hat sich darüber auch niemand aufgeregt. Ja wenn die Wähler klug entscheiden, platzen die Seifenblasen! So enthält die Regierung Ender (Bundeskanzler) - Schober (Vizekanzler) als fossilen Ueberrest der Heimwehrherrlichkeit nur den Herrn Vaugoin, aber einen degradierten: er ist nicht mehr Bundeskanzler, er ist nicht mehr Vizekanzler, er ist nur noch der Bundeskanzler für Heerwesen, und als solcher, nachdem man erfahren hat, dass die Vaugoinischen Soldaten zumeist rot gewählt haben, auch schon eine "entblätterte Rose, ehe der Sturm sie geknickt". Sonst ist von der für die Entwicklung in Österreich so verhängnisvollen Seipel-Clique niemand in die Regierung gekommen. Der Herr Prälat selbst ist "zu Schiff nach England", nämlich wie immer, wenn ihm ein politisches Malheur zugestossen ist, auf Urlaub gegangen.

Der neue Bundeskanzler, der bisherige Landeshauptmann Ender, hat im kleinen Kreise Geschick und Einsicht gezeigt; hoffentlich wird er, der sich in Vorarlberg bewährt, in Österreich nicht scheitern. Die Sozialdemokraten hatten kein Bedürfnis gezeigt, in die Koalition und Regierung zu kommen, wie dieses Bedürfnis in der österreichischen Partei niemals sehr gross gewesen ist. Was sie aber will und was jede sozialdemokratische Partei verlangen muss, ist dieses: dass sich keine Regierung anmasst, über die Arbeiterpartei gleichgültig hinweggehen zu können, dass jede Regierung, aus welchen Parteien sie sich immer zusammensetzt, mit der Sozialdemokratie als dem ernstesten Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung zu rechnen hat. Das durchzusetzen wird der österreichischen Sozialdemokratie, die einer Koalition von 85 Mandaten mit geschlossenen 72 Mandaten gegenübersteht, wohl in jeder Hinsicht gelingen.

Dass es nach den drei Jahren der Durchdringung der Republik mit faschistischen Ideen in Österreich anders geworden ist, ist überdies an einer für die Sozialdemokratie sehr erfreulichen Tatsache zu erkennen: dass zum Präsidenten des Nationalrats seit 1920 zum ersten mal wieder ein Sozialdemokrat, der Abg. Mathias Eldersch, gewählt worden ist. Die Demokratie Europas steckt vielfach in grossen Nöten; freuen wir uns, dass sie sich in Österreich behauptet und eine tapfere Sozialdemokratie sie in guter Hut hält.

SPD. Warschau, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Mittag um 12 Uhr wurde der neue polnische Sejm eröffnet. Ministerpräsident Slawek verlas zu Beginn eine kurze Botschaft des Staatspräsidenten. Alle Parteien des demokratischen Linksblocks, sowie die nationalen Minderheiten betraten den Sitzungssaal erst nach der Verlesung der Erklärung. Kommunisten, die während der Verlesung Zwischenrufe machten, wurden auf Befehl des Innenministers Skaladkowski mit Gewalt aus dem Saale geschleppt.

Sejmmarschall wurde mit den Stimmen des Regierungsblocks der frühere Ministerpräsident Switalski. Die Abgeordneten der Linken schrieben demonstrativ auf ihre Stimmzettel das Wort Brest-Litowsk. Switalski übernahm sein Amt erst nach der Einholung der Zustimmung des Staatspräsidenten, dem er erklärte, dass er sein Amt sofort niederlegen werde, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Staatsoberhauptes besitze.

In seiner Ansprache erklärte Switalski, dass er das Immunitätsrecht der Abgeordneten nicht mehr anerkennen werde. Er werde ferner die Tagesordnung nur in Übereinstimmung mit der Regierung festsetzen. Ueberhaupt ging aus der Rede Switalskis hervor, dass er das polnische Parlament nur als gesetzgebendes Werkzeug der Regierung und Pilsudskis zu behandeln beabsichtige.

SPD. Kiel, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Eine neue Lüge, die in den Naziblättern bald die Runde machen dürfte, ist von den Hitlerianern in Schleswig-Holstein erfunden worden. Der Geschäftsführer der Kreiskrankenkasse in Oldenburg in Holstein hat Unterschlagungen von mehr als 16 000 Mark begangen. Trotzdem der Betrüger bis zur letzten Kommunalwahl bürgerlicher Stadtrat war und niemals der SPD angehört hat, wird er in der hiesigen Presse der Nazis und in deren Versammlungen als Oberbonze der SPD und des Reichsbanners bezeichnet. Das ganze Manöver läuft unter dem Schlagwort: "Die SPD, die Partei der Korruption."

Vor diesem neuen Schwindel wird gewarnt!

SPD. Paris, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Laval hat den ganzen Dienstag über seine Bemühungen um die Bildung eines neuen Kabinetts fortgesetzt, ist aber seinem Ziel nicht um einen Schritt näher gekommen. Am Mittwoch will er eine Erklärung über seine Verhandlungen abgeben.

In den Kreisen der Rechten schreibt man Laval die Absicht zu, unter allen Umständen ein Kabinett bilden zu wollen, und zwar selbst wenn er auf die Mitwirkung der Radikalen verzichten müsste.

SPD. Das Komitee der Bergarbeiterinternationale, das am Montag und Dienstag in Berlin tagte, befasste sich am Dienstag anhand des vorliegenden amtlichen und von dem Büro gesammelten Materials mit der Frage der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen im internationalen Bergbau. Die Verhandlungen führten zur Feststellung von internen Richtlinien für die Teilnehmer an künftigen Genfer Verhandlungen. Eine Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu gemeinsamer Beratung dieser Frage wurde grundsätzlich angenommen.

Den Rest der Verhandlungen füllten Feststellungen und Debatten über die Verhältnisse im internationalen Kali- und Erzbergbau aus. Die nächste Sitzung des Komitees wird in Amsterdam stattfinden.

SPD. Paris, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Mit verbrecherischer Konsequenz setzt die "Liberté" die Verleumdungskampagne gegen Deutschland fort, wonach die 70 Todesfälle im Maastal in Belgien auf deutsches Giftgas zurückzuführen seien, die, mit Hilfe dichten Nebels und eines günstigen Windes über die Grenze gesandt, dort ihre Wirkung getan hätten. Das Blatt scheut nicht davor zurück, nunmehr die unerhörte Hypothese aufzustellen, dass es sich bereits im Jahr 1911, also drei Jahre vor dem Kriege, als in Belgien ebenfalls eine Anzahl Personen in einer Nebelperiode unter den gleichen Begleiterscheinungen wie jetzt starb, um einen deutschen Gasangriff gehandelt haben könnte. Deutschland habe schon lange vor dem Kriege seine im geheimen vorbereitete furchtbare Waffe des Giftgases ausprobiert und dichten Nebel dazu benutzt, um unbemerkt und sicher arbeiten zu können.

Angesichts der Schwere der aus den Fingern gezogenen unerhörten Beschuldigungen ist es doppelt bedauerlich, dass es keine internationale Instanz gibt, die nationalistischen Hetzer und Verleumder, deren Aufgabe es zu sein scheint die Völker aufeinanderzuhetzen, zur Verantwortung zu ziehen und sie einer exemplarischen Bestrafung zuzuführen vermag.

SPD. Hagen, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Totschlag an dem Nationalsozialisten Sanders, der vom Rade gerissen und mit einem Dolche erstochen wurde, konnte jetzt aufgeklärt werden. Die Polizei verhaftete 7 der KPD angehörige bzw. ihr nahestehende junge Leute, die sich zum Zwecke des Ueberfalls zusammengeschlossen hatten. Der Haupttäter, der den durch einen Schlag mit einem Gummischlauch bereits zusammengebrochenen Sanders mit Dolchstichen tötete, der 19jährige Zentarra, ist noch flüchtig. Nach der Tat haben sich die Mordbuben in der Wohnung eines Bekannten zu einem Damespiel zusammengefunden, um sich auf diese Weise ein Alibi zu beschaffen.

107 Nazis schützen das Kapital!

SPD. In der Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 9. Dezember 1930 stimmte die Nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Anträge :

1. Die Höchstgrenze für alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen beträgt jährlich 8000 Reichsmark. Die Höchstgrenze für alle Pensionen 6000 Reichsmark.
2. Alle Vermögen über 500 000 Reichsmark werden einer einmaligen Steuer von 20 vom Hundert unterworfen.
3. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 v.H. der Ausschüttung unterworfen.
4. Alle Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert.
5. Alle Einkommen über 50 000 Reichsmark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.
Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals!

SPD. Ausser Sachsen, Thüringen und Braunschweig haben nunmehr auch die Landesregierungen von Bayern und Württemberg an die Oberfilmprüfstelle in Berlin das Ansinnen gerichtet, den allabendlichen Radauszenen im Westen Berlins nachzugeben und die Aufführung des Bildstreifens "Im Westen nichts Neues" nicht länger zu gestatten.

SPD. Genf, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag hat die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten mit der Annahme eines völlig unzureichenden Konventionsentwurfes und eines Berichtes an den Völkerbundsrat endgültig abgeschlossen. Geschichte und Ergebnis dieser lebhaftesten aller Völkerbundskommissionen haben deutlich gezeigt, dass bei den Regierungen der Staaten mit Rüstungsfreiheit kein ernsthafter Wille zu einer wirksamen Abrüstung besteht und dass das Problem einer solchen Abrüstung auf technischem Wege nicht lösbar ist. Immerhin hinterlässt die beendete Kommission eine Situation, die es unmöglich macht, die allgemeine Abrüstungskonferenz nicht einzuberufen. Der Völkerbundsrat wird sich im Januar mit dem Datum der Einberufung zu befassen haben.

In der Vormittagssitzung des Schlusstages setzte die russische Delegation noch durch, dass in dem Bericht an den Rat jene Ausnahmebestimmung gestrichen wurde, nach der die Grenzländer Russlands solange nicht die Konvention zu erfüllen brauchten, als die Sowjetmacht nicht der Konvention beigetreten sei. Die abschliessenden Vorbehalte Russlands werden den Regierungen als Material überwiesen. Aus den zahlreichen Schlusserklärungen ist hervorzuheben, dass Lord Cecil sehr optimistisch sprach und den Konventionsentwurf nur als Rahmen bezeichnete, in den die Konferenz füllen könne, was sie wolle. Gibson-USA überraschte durch die trockene Feststellung, der Entwurf erfülle absolut nicht die Erwartungen, zu denen die Völker berechtigt gewesen seien. Es wäre falsch, den Völkern ein zu optimistisches Bild dieser Vorbereitungsarbeit zu geben.

Graf Bernstorff lehnte noch einmal den Entwurf ab und führte unter grösster Aufmerksamkeit aus: "Mit Herrn Gibson befinde ich mich grundsätzlich in Übereinstimmung. Ich habe den Bericht angenommen, weil er alle meine Reserven enthält. Sie haben indessen aus den Reserven ersehen, dass und warum ich auf meiner Kritik des Entwurfes beharren muss, und dass im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil er nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben einen sicheren Instinkt für Realitäten. Sie werden sich diesen Sinn durch schöne Worte nicht trüben lassen, vielmehr in diesem komplizierten Vertragswerke das Wesentliche, den starken Willen zur Abrüstung, vermissen. Die Arbeit der Kommission ist nunmehr beendet und der Blick der Völker ruht auf der kommenden Konferenz. Mit ihr ist für die Erreichung des Zieles der Abrüstung, für die sich die deutsche Regierung nach wie vor mit allen Kräften einsetzen wird, noch diese letzte Chance gegeben. In diesem Punkte befinde ich mich wieder ganz besonders in Übereinstimmung mit Herrn Gibson. Die historische Aufgabe der Konferenz wird es sein, das Problem in ganz anderer Weise anzufassen, als es bisher geschehen ist und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen. Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie sich getragen fühlt von der öffentlichen Meinung der Welt, Ich kann daher heute nur noch einmal den dringenden Appell an die Völker richten, dafür zu sorgen, dass ihre Regierungen diese Aufgabe jetzt endlich erkennen und vor ihr nicht versagen. Mögen die Völker nicht vergessen, welche schweren Gefahren am Horizonte erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird."

Die Schlussansprache des Präsidenten, die ebenso kläglich war wie seine ganze Führung, ging teilweise im allgemeinen Aufbruch unter.

SPD. Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag Misstrauensanträge gegen die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus eingebracht.

SPD. London, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die englisch-polnischen Besprechungen über die Arbeitszeit im Bergbau und über das internationale Kohlenabkommen sind am Dienstag beendet worden. In der Frage der Arbeitszeit ist mit den polnischen Unterhändlern ein Uebereinkommen erzielt worden. Auf der kommenden Tagung des Internationalen Arbeitsamts in Genf ist dadurch ein gemeinsames Vorgehen von England, Deutschland und Polen gewährleistet und die internationale Begrenzung der Arbeitszeit aller Voraussicht nach gesichert.

Was das internationale Kohlenabkommen anbetrifft, so erklärte der englische Bergbauminister Shinwell den polnischen Unterhändlern, dass unter allen Umständen auch Deutschland einbezogen werden müsse wenn ein solches Abkommen für England von Interesse sein solle. Dieses Abkommen dürfe jedoch keine neuen Lasten für die Verbraucherländer mit sich bringen. Die Antwort der polnischen Delegierten war die, dass die polnischen Kohlenproduzenten sehr gern in eine gemeinsame Konferenz zwischen England, Deutschland und Polen einwilligen würden. Der englische Bergbauminister erklärte darauf, dass er die Initiative ergreifen werde und so schnell als möglich eine derartige Dreimächtekonferenz zur Erlangung eines internationalen Abkommens herbeiführen wolle.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 9. Dezember (Eig. Bericht)

Kurz vor der Auflösung des vorigen Reichstages brachte die Sozialdemokratie zum soundsovielten Male den Antrag ein, die Höchstgrenze für Pensionen auf 12 000 Mark festzusetzen. Es gelang ihr, im Haushaltsausschuss für diesen Antrag eine Mehrheit zu erringen. In der Furcht vor der Auflösung wagten auch die bürgerlichen Mittelparteien nicht, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Der Antrag blieb wegen der wenige Tage später erfolgenden Auflösung jedoch unerledigt. Nun hat die Reichsregierung inzwischen einen Pensionsgesetzentwurf vorgelegt, der freilich weit hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurückbleibt. Der Gesetzentwurf sieht keine Höchstpension vor, sondern bringt lediglich die Anrechnung von Arbeitseinkommen auf das Ruhegeld, soweit das Arbeitseinkommen 6 000 Reichsmark im Jahre übersteigt. Bis zur Höhe von 6 000 RM jährlich bleibt das Einkommen für eine Kürzung des Ruhegeldes ausser Betracht. Auch wenn Pension und Nebeneinkommen den Betrag von 9 000 Mark im Jahre nicht übersteigen, tritt keine Kürzung ein.

Man sollte annehmen, dass ein so schwacher Gesetzentwurf in der jetzigen Notzeit im Reichstag lediglich Wünsche nach einer Verstärkung der Pensionskürzung laut werden lassen müsste. Die Dienstsitzung des Reichstags, in der der Entwurf der Reichsregierung zur Debatte stand, verlief aber ganz anders. Zwar forderte der sozialdemokratische Abg. Rossmann, der seit Jahren führend die Pensionskürzung verlangt, entsprechende Verbesserung des Gesetzes. Aber er stiess bei der gesamten Rechten auf stürmischen Widerspruch. Am lautesten gebärdeten sich die Nationalsozialisten als Schutztruppe der Grosspensionäre. Rossmann stellte fest, dass unter den 107 Nationalsozialisten sich nicht weniger als 35 Beamte, Wartegeldempfänger und Ruhegehaltsempfänger befinden, also ein Drittel der gesamten nationalsozialistischen Fraktion. Rossmann erinnerte daran, dass wiederholt die Sozialdemokratie für ihre Pensionskürzungsanträge die einfache Mehrheit im Hause erhalten habe, die notwendige verfassungsändernde Mehrheit sei aber nicht zustande gekommen. Unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung im Jahre 1923 sei einmal ein Pensionskürzungsgesetz durchgeführt worden, jedoch hätten es die Deutschnationalen bei ihrem Regierungsantritt im Jahre 1925 sofort wieder beseitigt. Minutenlange Tobsuchtsanfälle gab es bei den Nationalsozialisten, als Rossmann nachwies, dass an 1800 Generäle, Admiräle und Prinzen bis zu 19 000 Mark Pension gezahlt werde. Auch der Meuterer von Lossow erhalte eine hohe Pension. Rossmann verlangte, dass eine genaue Denkschrift nicht nur über die Pensionen im Reiche, sondern auch in Ländern und Gemeinden vorgelegt werde. Dann werde sich zeigen, dass überall nicht die Sozialdemokratie, sondern die Feinde der Republik an der Futterkrippe sässen. An dem Gesetzentwurf rügte Rossmann, dass er nicht die nötige Entspannung bringe. Die Sozialdemokratie werde auf schärfere Kürzungsbestimmungen drängen.

Anschliessend sprach für die Nationalsozialisten der Abg. Sprenger, seines Zeichens Postinspektor. Der gute Herr verwechselte zum wachsenden Entsetzen seiner Fraktion den Reichstag mit einer Tagung höherer Reichs- und Staatsbeamten. Er wusste nichts von der Not der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Arbeitsbauern und des Mittelstandes. Frischweg trat er für nichts anderes als für möglichst hohe Beamtgehälter und möglichst hohe Beamtenpensionen ein. Dabei vergass er ganz, dass dieser Gesetzentwurf sämtliche unteren und mittleren Beamten und auch die allermeisten höheren Beamten ganz ungeschoren lässt. Das Pensionskürzungsgesetz trifft wirklich nur die allerhöchsten Pensionen. Aber auch die will der nationalsozialistische Abg. Sprenger unangetastet lassen. Er beschwor den Reichstag, nur mit allergrösster Vorsicht an diesen Gesetzentwurf heranzugehen. Die Sozialdemokratie begleitete die Rede ständig mit Zwischenrufen: "Nazi für Grosspensionen! Nazi für Frick-Pensionen!" Spreng-

ger bedauerte, dass durch die Hetze der Linken überhaupt die Frage der Pensionskürzung auf die Tagesordnung gebracht worden sei. In jedem Satz gab sich Sprenger Blößen. Als er davon sprach, dass Parteibonzen den Berufsbeamten vorgesetzt würden, rief der halbe Reichstag: "Thüringen!" Als er sich gegen den Gehaltsabbau der Beamten erklärte, schallten ihm hundertfache Rufe entgegen: "Thüringen und Braunschweig!" Ganz verhedderte sich Herr Sprenger, als ihm zugerufen wurde, dass das faschistische Italien die Beamtengehälter um ein Drittel kürze. Das, so sagte Sprenger, sei keine Gehaltskürzung, sondern nur eine Anpassung an die veränderten Währungsverhältnisse. Minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause, die Nazifraktion ausgenommen.

Die Naziredede für Grosspensionen wurde noch unterstrichen durch den deutschnationalen Abg. Laverrenz, der den Nationalsozialisten den Dank seiner Partei für ihre Haltung aussprach. Die Grosspensionskürzung, sagte Laverrenz, sei nur eine Machtdes Marxismus. Die deutschnationale Fraktion regte sich überhaupt stark über die Pensionskürzung auf. Man hörte Rufe wie Skandal und anderes. Allerdings hat die deutschnationale Fraktion Grund für diese Aufregung. Denn sowohl bei ihr wie bei den Nationalsozialisten sitzen die Futterkrippenjäger zu Dutzenden.

Der Kommunist Torgler liess sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, den Nationalsozialisten vorzuhalten, dass sie im Wahlkampf gegen die grossen Pensionen gehetzt hätten und nun im Reichstag für die Aufrechterhaltung der wohlerworbenen Rechte auch der Riesenpensionen sprechen. Der nationalsozialistische Abg. Sprenger hatte nämlich die wundervolle Theorie entwickelt, dass die höchsten Beamten auch sehr hohe Pensionen beziehen müssten, weil ihnen während ihrer Amtstätigkeit entsprechend niedrigere Gehälter gezahlt worden seien. Der Kommunist Torgler erregte noch einige Sensation durch die Verlesung eines Bettelbriefes, den die Ortsgruppe Jülich der Nationalsozialisten an eine dortige Papierfabrik gerichtet hat.

Der Volksparteiler Morath lehnte jede Pensionskürzung namens seiner Partei entschieden ab. Freundlicher stellte sich der Zentrumsabgeordnete Krone zu dem Kürzungsgesetz. Freilich verteidigte er auch die hohen Oberbürgermeistergehälter, die ein Teil seiner Freunde beziehen. - Gegen sechs Uhr wurde die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch vertagt.

Das Haus trat dann in die Abstimmungen über zahlreiche Anträge ein. Ein grosser Teil davon wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Kommunisten legten einen langen Gesetzentwurf zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vor und beantragten bei zahlreichen Positionen namentliche Abstimmung. Dies hatte den Vorzug, die Nationalsozialisten in eine Verlegenheit zu bringen. Ein Abschnitt des kommunistischen Antrages verlangte, dass alle Vermögen über 500 000 RM, alle Dividenden und sonstigen Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen, alle Aufsichtsratsstantiemen und ähnliche Vergütungen, alle Einkommen über 50 000 RM mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 v.H. jährlich belegt werden sollen. Für diesen Antrag stimmten nur Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten stimmten den Antrag nieder. Er wurde also abgelehnt. Die Nationalsozialisten wagten nicht, ihren Geldgebern eine Sondersteuer aufzuerlegen. Die Abstimmung zeigte, was von dem nationalsozialistischen Schwindel einer Enteignung der Bank und Börsenfürsten zu halten ist.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Mittwoch kam es zu der grossen Entscheidung, ob über die aussenpolitischen Anträge beraten werden soll. Die gesamte Opposition verfolgte mit diesem Vorstoss das Ziel, den Reichsaussenminister Dr. Curtius zu stürzen und dadurch eine allgemeine politische Krise heraufzubeschwören. Für die aussenpolitische Beratung sprachen der Nationalsozialist Dr. Frick, der Deutschnationale Freytagh-Loringhoven, der Kommunist Stöcker und der Deutschnationale Dr. Kleiner. Dagegen redete in längeren Ausführungen der oberschlesische Zentrumsabgeordnete Ulitzka auf Grund seiner Besprechungen auch mit Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Er vertrat den

Standpunkt, dass eine aussenpolitische Debatte in diesem Augenblick nur zum Schaden der deutschen Minderheit in Polen ausschlagen werde. Der Deutschnationale Dr. Kleiner vertrat den gegenteiligen Standpunkt. Er wurde aber zur komischen Figur, als dieser Chauvinist auf einmal von der aussenpolitischen Debatte eine Einwirkung auf das Weltgewissen erwartete. Der Kommunist Jaddasch warf übrigens dem Deutschnationalen Dr. Kleiner vor, dass dieser sich während der oberschlesischen Aufstände nicht an der Front, sondern in der Etappe befunden habe. Kleiner konnte darauf nichts anderes erwidern, als dass er in der entscheidenden Zeit Hauptschriftleiter der ostdeutschen Morgenpost gewesen sei, (sozialdemokratischer Zuruf! Also hat er mit Tinte geschossen!) aber auch zeitweise am Annaberg gewesen sei. Ob an der Front oder in der Etappe, wie Jaddasch behauptet, wurde nicht klargelegt.

Dr. Breitscheid gab für die Sozialdemokratie die Erklärung ab, die Geschäftsordnungsdebatte habe genügend bewiesen, dass eine einheitliche Kundgebung nicht möglich sei. Mit Reden, wie sie gehalten worden seien, könne man weder den Interessen der deutschen Minderheit in Polen noch denen des deutschen Landes dienen. Das bestärke die Sozialdemokratie in der Auffassung, jetzt keine aussenpolitische Debatte zuzulassen.

Mit knapper Mehrheit, die dadurch geschaffen wurde, dass auch die Volksnationalen und Christlichsozialen gegen die aussenpolitische Debatte stimmten, wurden die Anträge abgelehnt, am Mittwoch die aussenpolitischen Anträge auf die Tagesordnung zu setzen. Der Ablehnung verfiel ebenfalls ein deutschnationaler Geschäftsordnungsantrag, auf die Tagesordnung die Anträge zu bringen, die die Auszahlung der Polizeikosten an den Staat Preussen aus den Reichskassen unterbinden wollen. Auch dieser Antrag bleibt also zurückgestellt.

Gegen 9 Uhr vertagte sich das Haus.

SPD. Schwerin/Meckl., 9. Dez. (Eig. Drahtb.)

In der Dienstsitzung des Hauptausschusses des mecklenburgischen Landtages liess die Rechtsregierung erklären, dass sie durch Zusammenlegung mehrerer Schulen Einsparungen vorzunehmen beabsichtige. Hauptsächlich werden die grössten Städte von der Massnahme betroffen. Ausserdem ist geplant, mehrere Amtsgerichte aufzuheben.

Der Hauptausschuss wird sich in den nächsten Tagen ausgiebig mit den Sparplänen der Regierung befassen.

SPD. Die englische Arbeitslosigkeit hat - wie uns aus London gemeldet wird - am 1. Dezember nach den am Dienstag im Unterhaus vom Arbeitsminister bekannt gegebenen Zahlen die Höhe von 2 305 639 Männer und Frauen erreicht.

SPD. Neustrelitz, 9. Dezember (Eig. Dr.)

Der volksparteiliche Staatsrat der Regierung in Mecklenburg-Schwerin Heipertz ist von seinem Amt zurückgetreten. Der Bestand der Regierung der Grossen Koalition ist durch diesen Rücktritt nicht gefährdet. Die Volkspartei wird die Regierung nach wie vor unterstützen. Heipertz Rücktritt ist nicht aus politischen, sondern aus gesundheitlichen Gründen erfolgt.

SPD. Bombay, 9. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag wurde bei einer militärischen Parade in Lahore ein englischer Artilleriehauptmann von einem indischen Unteroffizier erschossen. Der Attentäter tötete ferner einen indischen Sergeanten und beging dann Selbstmord. Die Gründe der Tat sind in persönlichen Zwistigkeiten zu suchen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hilfe, Herr Frick!

SPD. Der thüringische Kultusminister Frick hat das Weimarer Museum von modernen Bildern gereinigt. Er hat das Untermenschentum wieder einmal vernichtet. Schon wird ihm eine neue Aufgabe zugetragen! Einer seiner Gesinnungsfreunde hat entdeckt, dass der "Steppenwolf" von Hermann Hesse ein Schmutz- und Schundroman, ein schamloses Machwerk ist. Da das Schmutz- und Schundgesetz ein Versager ist, wird Herr Frick gewiss nicht versäumen, Hermann Hesse ein für allemal aus allen Bibliotheken auszuräumen, auf die sich seine Macht erstreckt.

Aber Herr Frick, damit allein ist's nicht getan! Wir sind einer noch viel tolleren Manifestation des unsittlichen und schamlosen Untermenschentums auf die Spur gekommen. Hören Sie nur, Herr Frick, die folgenden Verse :

Nun entdeckt Ihr mich nicht sobald in meinem Asyle
Dass mir Amor der Fürst königlich schützend verlieh.
Hier bedeckt er mich mit seinem Fittich; die Liebste
Fürchtet römisch gesinnt wütende Gallier nicht;
Sie ergötzt sich an ihm, dem freien rüstigen Fremden
Der von Bergen und Schnee, hölzernen Häusern erzählt.
Teilt die Flammen, die sie in seinem Busen entzündet,
Freut sich, dass er das Gold nicht wie der Römer bedenkt.
Besser ist ihr Tisch nun bestellt, es fehlet an Kleidern,
Fehlet am Wagen ihr nicht, der nach der Oper sie bringt.
Mutter und Tochter erfreuen sich ihres nordischen Gastes
Und der Barbare beherrscht römischen Busen und Leib.

Herr Frick! Ein unsittliches Verhältnis gegen Bezahlung, und gleich auch noch Mutter und Tochter. Schreiten Sie ein, Herr Frick, schreiten Sie ein. Aber erst hören Sie, es kommt noch besser :

Wer Lacerten gesehen, der kann sich die zierlichen Mädchen
Denken, die über den Platz fahren dahin und daher.
Schnell und beweglich sind sie und gleiten, stehen und schwatzen
Und es rauscht das Gewand hinter den Eilenden drein.
Sieh, hier ist sie! Und hier! Verlierst Du sie einmal, so
suchst Du

Sie vergebens, sobald kommt sie nicht wieder hervor.
Wenn Du aber die Winkel nicht scheust, nicht Gässchen und
Treppehen

Folg' ihr, wie sie dich lockt in die Spelunke hinein.
Was Spelunke nun sei, verlangt Ihr zu wissen, da wird ja
Fast zum Lexikon dies epigrammatische Buch.

Dunkle Häuser sind in engen Gässchen; zum Kaffee

Führt Dich die Schöne, und sie zeigt sich geschäftig, nicht Du!

Prostitution, Herr Frick, Spelunken, Herr Frick, Bordelle! Und Dirnen,
Herr Frick, Dirnen! Fassen Sie fest zu! Der Feind ist in Ihrer allernächsten
Nähe, massenhaft, Sie werden ihn kaum hinausreinigen können. Hilfe, Herr Frick,
Hilfe - sonst werden noch alle SA-Bräute von diesem Feind moralisch verseucht!

Der Bluttausch der Mörderpartei.

Auf einer einzigen Seite des "Völkischen Beobachters" liest man das Folgende in schreienden Schlagzeilen :

"Viehische Greuelthaten roter Bestien. Blut! Den Leib aufgeschlitzt. SA-

Mann von roten Bestien schrecklich zugerichtet. Viele Messerstiche. Der Schwer-
verletzte liegt im Sterben. Sieben Axthiebe auf den Kopf. Zehn SS-Männer schwer
verletzt. Ein SS-Mann erhielt sieben Messerstiche. Barrikaden gegen National-
sozialisten. Reichsbanner und Polizei überfallen ein SA-Heim. Kommunistischer
Feuerüberfall auf Parteigenossen. Die Hand durch den Schuss zerschmettert.
Roter Mob."

Täglich wächst die Zahl der politischen Bluttaten. Niemand in Deutschland,
der nicht wüsste, dass es das Treiben der nationalsozialistischen Buben ist,
das den organisierten Meuchelmord in Deutschland zur täglichen Erscheinung
gemacht hat! Diese Hetzzeilen des Zentralorgans des Herrn Hitler verfolgen den
Zweck, die Blutgier und den Fanatismus der Nationalsozialisten so aufzustacheln,
dass sie rot sehen und die letzten Hemmungen verlieren, die sie von Mord und
Totschlag abhalten könnten. Eine jede Nummer des "Völkischen Beobachter" ent-
hält derartig widerliche Aufhetzungen zu Blutorgien!

Die Hakenkreuzsteuer.

Jede Ausgabe einer jeden nationalsozialistischen Zeitung fließt über vor
Klagen über die entsetzliche Not des armen deutschen Volkes. Tiefstes Bedau-
ern mit den Arbeitslosen, mit den schlecht entlohten Arbeitern wird in jeder
Nummer geheuchelt. Eine jede Nummer aber enthält auch Einladungen zu national-
sozialistischen Versammlungen mit prominenten nationalsozialistischen Rednern,
Eintrittsgeld von 50 Pfg. bis 2 Mark.

So gross die Not auch ist, für die Frick, Goebbels, Hitler & Co. müssen
50 Pfg. bis 2 Mark Eintrittsgeld bezahlt werden. Billiger tun sie es nicht.
Das ist die Steuer, die die Nationalsozialisten von denen erheben, die auf
ihre Lügen hineinfallen.

Sie können es auch noch besser! In München hat die Nationalsozialistische
Partei ein Rundschreiben an die Münchener Geschäftswelt ergehen lassen, in der
die Geschäftsleute aufgefordert werden, 5 Prozent des Jahresumsatzes an die Na-
tionalsozialistische Partei abzuführen. Nicht 5 Prozent vom Gewinn, sondern vom
Umsatz! Wir hatten bisher geglaubt, dass infolge der drückenden Young-Last und
der drückenden Reichssteuern alle Geschäftsleute längst pleite wären - aber sie
he da, die Nationalsozialisten haben entdeckt, dass immer noch 5 Prozent des
Jahresumsatzes hinweggesteuert werden könnten. Wird der Reichsfinanzminister
Augen machen, wenn er von dieser Entdeckung hört!

Freilich, man muss diese Steuer auch einzutreiben verstehen. Der Staat
schickt höchstens einen schäbigen Gerichtsvollzieher, wenn nicht gezahlt wird,
Hitler aber gleich eine Bande, die den ganzen Laden kaputt schlägt!

Die grobe Unfugswurst.

Es ist gefährlich, in Bayern Wurst zu essen, wenn man nicht vorher den Ka-
lender studiert hat! Der Kaminkehrer Josef Leiner aus Altötting ass am Karfrei-
tag in einer Wirtschaft in Weitna im bayerischen Allgäu eine Wurst. Die anwe-
senden Gäste wollten ihn lynchen, weil er das kirchliche Fastenverbot übertre-
ten hat. Der Kaminkehrermeister, bei dem der Missetäter arbeitete, entliess
ihn Knall und Fall. Danach erfasste ihn die frommkatholische bayerische Justiz-
maschine und das Schöffengericht Kempten verurteilte ihn wegen Erregung öffent-
lichen Ärgernisses zu 40 Mark Geldstrafe. Bayern soll bekanntlich nicht von
wilden Völkerstämmen, sondern auch von richtiggehenden Menschen bewohnt sein -
trotz alledem.

aus aller Welt

Die Schlacht um Remarque.

Der tägliche Nazisturm gegen "Im Westen nichts Neues" - Herr Goebbels propagiert auf seine Weise das Dritte Reich - Suff, Hurrah und Hakenkreuz - "Deutschland erwache - Scheibe zerkrache" - Die U=Bahnrüpel.

SPD. Abend für Abend ist in Berlin die Gegend um den Nollendorfplatz, sogenannte Kriegsgelände. Die Jünglinge vom "Dritten Reich", meistens Halbwüchsige und Schüler trainieren sich im Strassenkrawall, überfallen die Besucher des Films "Im Westen nichts Neues" und üben sich im Gröhlen unflätigster Hetz- und Schmutzlieder. Weil die Polizei den Rowdies den Mozartsaal gesperrt hat und die Brüder nicht mehr mit weissen Mäusen, Stinkbomben und Ratten ihre Kulturlosungen ausgeben können, haben sie jetzt den ganzen Westen unter Terror gesetzt. Da ungemein viel lichtscheues Gesindel mit den Nazis sympathisiert und die S.A. zu einem beträchtlichen Teil aus Vorbestraften besteht, nutzt das "kriegerische" Gesindel diese Demonstrationen von "Frontsoldaten", die den Krieg in den Windeln genossen haben oder feige und erbärmlich irgendwo Schreibstuhlsessel drückten, auch zu Plünderungsversuchen aus.

Josephs Theaterdonner.

Die zügellosen und widerwärtigen Krawalle der Nazis beginnen sich zu einem unglaublichen Skandal auszuwachsen. Herr Joseph Goebbels und die Seinen beabsichtigen, Abend für Abend in dramatischer Steigerung ihren gemeingefährlichen Unfug fortzusetzen. Für den Donnerstag, an dem die Filmoberprüfstelle über den Einspruch Sachsens und der faschistisch regierten Länder Thüringen und Braunschweig entscheidet, wollen die Krakeeler sogar schon am Nachmittag einen Skandal-Grossalarm ansetzen. Es wird höchste Zeit, dass mit allen Mitteln diesem unerhörten Treiben des Mobs ein Ende gesetzt wird.

Das Gas in der Hand

Am Montag abend konnte man die Hakenkreuzburschen so recht an der Arbeit sehen. Als der Ansturm am Nollendorfplatz schmachlich missglückt war, zogen die wildschreienden und tobenden Rüpel unter Johlen und Pfeifen zum Wittenbergplatz und überfielen dort sechs berittene Schutzpolizisten, die auf dem Platz aufgestellt waren. Mit Pflastersteinen und Eichenknüppeln schlugen die SA und die Stammgäste der Hitlerschen Kaschemmenlokale auf die Beamten ein. Zum Teil wurden Feuerwerkskörper geworfen, um die Pferde der Beamten zu Fall zu bringen. Die Polizisten, die aus dem Hinterhalt von einer mehrere tausend Mann starken Menge überfallen wurden, mussten sich unter einem Hagel von Steinen vorerst zurückziehen, nachdem die Sechs mehrfach versucht hatten, die tobende Menge auseinander zu bringen. Angeführt wurde die verbrecherische Meute von Herrn Goebbels, der in seinem Mercedes-Luxusauto angerollt kam und, die Hand zum römischen Gruss erhoben, eine geradezu schamlose Hetzrede hielt. Er betonte, dass man im Mozartsaal vorerst nur mit weissen Mäusen und Stinkbomben in die Schlacht gezogen sei. Bald aber werde man "andere Gase in der Hand" haben. Wenn die Nazis den Knüppel schwingen würden, so müssten bestimmt in grosser Anzahl die Köpfe rollen. "Aber", so rief der tapfere Joseph, der im Krieg zu Hause geblieben war, mit einem zynischen Grinsen, "streng legal natürlich. Wir machen ja alles legal."

Treibjagd auf Juden

Animiert und angefeuert durch diese beispiellose Putschrede begann die Menge dann sogleich ihre Aktivität zu beweisen. In einem grossen Bierrestaurant am Wittenbergplatz zerschlug man mit Steinen die grossen Scheiben, bedrohte die

Gäste und schlug mit eisenbeschlagenen Stöcken auf die völlig Ueberraschten ein. Dann ging es unter andauerndem wilden Gebrüll, aus dem man nur die Worte "Juda und Schupo verrecke!" unterscheiden konnte, durch die Ansbacherstrasse auf Umwegen zum Kurfürstendamm. In der Eislebenerstrasse zeigte sich die nationalsozialistische Unterwelt von ihrer wahren Seite. Hier ist ein kleines Künstlerlokal, die "Lunte", in dem viel mittellose Schauspieler und Maler zu verkehren pflegen. Die Rowdies drangen in das Innere des Lokals ein, verprügelten die Gäste und warfen mehrere Tische um. Dasselbe Heldenstück verübten sie in einer in der Nähe gelegenen Konditorei, wo sie ohne jeden Grund eindringen und "Jagd auf Juden" machten. Der Wirt wurde mit einem Totschläger ins Gesicht geschlagen; die Gäste wurden mit Fusstritten bearbeitet. Es kam zu einer wilden Schlägerei, da sich die Angegriffenen trotz der hundertfachen Uebermacht tapfer zur Wehr setzten. Zwei Gäste des Lokals wurden verletzt und mussten sich zur Rettungswache begeben.

Verbrecher!

An der Uhlandstrasse nahm Kleinmogul Goebbels Parade über seine Mannen ab. Was sich dann am Kurfürstendamm und in den Seitenstrassen abspielte, muss eine Kulturschande genannt werden. Die verbrecherischen Gesellen liefen mit Stahlru=ten bewaffnet gänzlich unbeteiligten Passanten nach, die jüdisch aussahen, schlugen sie nieder oder verfolgten sie in die Häuser. Am Fehrbellinerplatz in Wilmersdorf sammelten sich dann die Horden aufs Neue und besetzten die U=Bahnen, um zum Nollendorfplatz zurückzukehren. Die Polizei hatte jedoch Vorsorge getroffen und Anweisung gegeben, die Züge am Nollendorfplatz nicht halten zu lassen. In einem Falle zogen die Nazis die Notbremsen, stürzten aus den Wagen, zerrissen die an den Bahnhofswänden angebrachten Propagandaprospekte des Remarque=Films und beschimpften den Zugführer aufs Gemeinste. Später in der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr überfielen sie dann noch, um die Serie ihrer Bubenstreiche voll zu machen, eine Anzahl Strassenarbeiter, die auf Nachtschicht waren, sodass die Po=licei eingreifen musste.

Und Alfred freut sich!

Ein besonderer Skandal ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Hugen=berg=Presse. In unverblümter, aber zugleich auch unsäglich feiger Weise geben die Blätter des Geheimrats den Naziherden Rückenstärkung. Von Tag zu Tag wird ihre Sprache aggressiver. Man kann als sicher annehmen, dass bei diesem Drucker=schwärzesturm, den die Hugenberg=Kulis gegen den Remarque=Film unternehmen, das Konkurrenzdiktat von oben eine entscheidende Rolle spielt. Selbstverständlich ist, dass die Berliner Polizei der politischen Unterwelt gegenüber festbleibt.

+ + +

Frenzels Freilassung. In Beantwortung der Haftbeschwerde des abermals zu Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzels aus Bornim bei Potsdam hat der vierte Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrates Professor Dr. Klee entschieden, dass Frenzel aus der Haft entlassen werden kann, wenn er 10 000 Mark Kautions stellt. Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, einer der bei=den Verteidiger, denkt, dass es möglich sein wird, Geld bis Mittwoch zu beschaffen, obschon Frenzel selbst durch den Prozess vollkommen mittellos geworden ist. Vor=aussichtlich wird Frenzel also am Mittwoch aus der Haft entlassen werden.

+ + +

Ende des Gallspach=Rummels? Der Kurbetrieb in Gallspach, wo bekanntlich der Wunderdoktor Zeileis seine mehr als zweifelhaften Zauberkuren zur Durchführung bringt, ist in den letzten Monaten auffallend zurückgegangen. Symptomatisch ist, dass zahlreiche Zwangsversteigerungen von Hotels, Pensionen und Privathäusern beantragt worden sind.

+ + +

Höllmaschine explodiert. Der amerikanische Millionär Thony May bekam durch die Post eine Höllmaschine zugeschickt. Aus das Paket geöffnet wurde, kam die Maschine zur Explosion. Verziehn Personen wurden verletzt.

+ + +

Neues Opfer des § 218. In Minden vergiftete sich ein junges Mädchen durch den Genuss von im Getreide enthaltenen Mutterkornern, die, in grösseren Mengen genossen, den Tod bringen. Das Mädchen war ein Opfer des Aberglaubens, dass durch den Genuss dieser Körner eine Abtreibung vorgenommen werden könne.

+ + +
Verunglücktes Postflugzeug. Unmittelbar nach dem Start raste in Schanghai ein Postflugzeug über dem Whangpo-Fluss gegen die Segel einer Dschunke und stürzte an einer Stelle, an der das Wasser sehr flach steht, ab. Die Maschine zerschellte, drei Insassen des Flugzeuges, unter ihnen der Pilot, wurden getötet, vier, darunter General Hsiungschihui, Kommandant der chinesischen Garnison in Schanghai, schwer verletzt.

+ + +
Geheimrat Wrba zurückgetreten. Auf Grund verschiedener, offenbar nicht ungerechtfertigter Beschuldigungen hat der berühmte Dresdener Bildhauer und Akademiedirektor, Geheimrat Wrba in Dresden beim Sächsischen Kulturministerium sein Entlassungsgesuch eingereicht, das genehmigt werden soll. Menschliche Verfehlungen des Künstlers werden seine bedeutende Leistung, die in der ausgezeichnet geglückten Erneuerung des Dresdener Zwingers gipfelte, nicht beeinträchtigen können.

+ + +
Kircheneinsturz. Ein Teil des Gewölbes der Pfarrkirche in Stadtlohn (Westfalen) ist eingestürzt. Glücklicherweise fand zur Zeit der Katastrophe kein Gottesdienst statt. Trotzdem wurden drei Personen zum Teil schwer verletzt. Die Einsturzursache ist unbekannt.

+ + +
Zubkoff geisteskrank? Der zurzeit in Luxemburg lebende geschiedene Mann der Prinzessin Viktoria von Preussen, Alexander Zubkoff, zeigt neuerdings deutliche Merkmale einer geistigen Störung und wird voraussichtlich demnächst in eine Irrenanstalt überführt werden.

+ + +
Bluttage in Reims. Dieser Tage war in Reims eine seltsame Freitodserie zu beobachten. Zuerst haben dort zwei Kranke trotz ständiger Bewachung ihr Leben mit fürchterlichen Mitteln beendet. Der eine schnitt sich mit einem Rasiermesser die Kehle durch; der zweite wollte sich käuflich einen Revolver verschaffen, erhielt aber keinen, flüchtete daraufhin aus dem Spital in eine Kaserne und bat die Soldaten, ihn zu erschiessen. Als die Soldaten der Bitte nicht entsprachen, kehrte der Patient ins Spital zurück, trank eine Flasche Aether aus und - nachdem er den Tod immer noch nicht gefunden hatte - erhängte er sich nachts mit seinem Bettlaken. Am gleichen Tage beging ein dritter Mann Selbstmord, indem er sich in einen Brunnen stürzte: nach dem er aber lebend herausgezogen worden war, schlug er sich mit einer Hacke so lange auf den Kopf, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Wieder zu sich gekommen, erhängte er sich an einem Baum. Endlich wurde am selben Tage ein vierter Selbstmord von einem 14jährigen Jungen begangen, der sich eine Zurechtweisung seiner Mutter so sehr zu Herzen nahm, dass er sein Leben durch einen Messerstich ins Herz beendete.

+ + +
Mord beim Turnen. Nach einem Wortwechsel wurde in Harra (Thüringen) der 22 Jahre alte Arbeiter Knoch von einem um zwei Jahre jüngeren Schmied namens Teichmann erstochen. Das Drama spielte sich in der Turnhalle der Freien Turnerschaft ab. Der Mörder wurde verhaftet.

+ + +
Autokatastrophe in Tirol. Auf der Pitzthaler Strasse (Tirol) kam während der Talfahrt ein Postauto ins Schleudern und stürzte einen 30 Meter tiefen Abhang hinab. Die 15 Insassen des Wagens wurden zum Teil schwer verletzt.

Wirtschaft Technik Handel

Eisenrebellion.

Die Eisenverarbeiter fordern Eisenpreissenkung und Einkaufsfreiheit.

SPD. In der Eisenwirtschaft gärt es wie nie zuvor. Die Eisenverarbeiter wollen sich das Diktat der Schwerindustrie nicht länger gefallen lassen. Be= greiflich! Durch die Abriegelung der ausländischen Konkurrenz, durch Zoll und internationale Abkommen hat sich der groteske Zustand herausgebildet, dass die deutschen Grosseisenerzeugnisse im Inland bis zu 70 % teurer verkauft werden als auf dem Auslandsmarkt. Die Differenz zwischen den deutschen Inlandspreisen und den Preisen auf den Weltmärkten macht heute mehr als die Kosten für Zoll und Fracht aus. So könnte der ausländische Eisenhandel sehr gut in Deutschland eindringen. Der Eisenhandel in Deutschland ist aber grösstenteils Werkshandel, d.h. er wird von den grossen Konzernen beherrscht. Dieser Handel verkauft nur das ihm von den deutschen Syndikaten zugewiesene Eisen. Soweit der Handel noch Selbständigkeit hat und soweit man noch von einem freien Handel sprechen kann, wagt dieser aus Furcht vor dem Boykott der Schwerindustrie nicht, das billigere Auslandseisen einzuführen und die Verarbeiter damit zu beliefern. Es sind Fälle zu verzeichnen gewesen, wo belgisches Eisen zu weit niedrigeren Preisen als den in Deutschland üblichen die Oder hinauf bis nach Oberschlesien ging; dort aber keinen Abnehmer fand, weil der Handel wegen der Ausschliesslichkeitsklausel dieses Eisen nicht aufkaufen konnte. Wir wollen damit dem ausländischen Eisen selbstverständlich nicht das Wort reden. Wir wollen nur das Monopol der Schwerindustrie in Deutschland kennzeichnen, das sicherlich nicht der wirtschaftlichen Entwicklung günstig ist.

Auch das Gutachten des Reichswirtschaftsrats hat bisher die notwendige Eisenpreissenkung nicht herbeiführen können. Man vermisst überhaupt, dass die Regierung im Anschluss an das Gutachten etwas Durchgreifendes getan hat. Das Gutachten ist nun seit Wochen fertiggestellt; wie die Regierung es aber be= nutzen will, davon hat man bis jetzt nichts gehört. Andererseits hat der westfälische Grossindustrielle Klöckner sich in einer Generalversammlungsrede offen für die Sabotage der Eisenpreissenkung ausgesprochen.

Die deutsche Wirtschaft, insbesondere die eisenverarbeitenden Industrien, die Maschinenbauanstalten, die Eisenkleinindustrie usw. leiden schwer unter der "Eisensteuer", die die Schwerindustrie über sie verhängt. Bisher haben die Ver= arbeiter aus einem gewissen Solidaritätsgefühl auf sozialpolitischem Gebiet heraus alle die ihnen von der Schwerindustrie zugemuteten Opfer auf sich genom= men. Jetzt scheint auch bei ihnen die wirtschaftliche Vernunft zum Durchbruch zu kommen. Die Eisenverarbeiter verweisen auf die enorme Vorbelastung, die sie mit den überhöhten deutschen Inlandspreisen auf sich nehmen, und betonen, dass sie dadurch gehindert werden, sich in ihrer Preisstellung der Krisenlage und der im Ausland allgemein üblichen Preissenkung für Fertigwaren anzupassen. Die Vorbelastung müsse durch eine Senkung der Eisenpreise gemindert werden.

Dazu werden andere Forderungen erhoben. Die Verarbeiter wenden sich z.B. dagegen, dass die Einkaufsfreiheit der verarbeitenden Industrie durch die Eisen= industrie weiter eingeschränkt wird. Das ist bisher leider schon in grösserem Umfang der Fall. Nun haben sich die Eisenverarbeiter in der sogenannten Avi? (Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie) zusammengeschlossen. Da= durch ist der schweren Industrie ein gewisser Widerstand entgegengesetzt worden.

Diesen Widerstand will die Eisenindustrie beiseite räumen und ihre Politik läuft darauf hinaus, die Verhandlungen über Rückvergütungen usw. nicht mit der Avi, sondern mit dem einzelnen Verbraucher zu führen. In Fällen, wo die Eisenindustrie solche Wünsche bereits verwirklichen konnte, hat sie ihre tiefere Kenntnis der Verhältnisse bei dem Partner dazu benutzt, um diesen unter ihre Herrschaft zu bringen. Es ist so eine kalte Konzernierung in Gang gekommen, die die Gefahr in sich birgt, grosse Teile der eisenverarbeitenden Industrie von der Eisenindustrie abhängig zu machen. Man kann also schon verstehen, wenn die eisenverarbeitende Industrie neben der Eisenpreissenkung und dem Fortfall der Ausschliesslichkeitsklausel fordert, dass die Verhandlungen über die Rückvergütungen nicht zwischen Betrieb und Betrieb, sondern über die dazu geschaffenen Verbände geführt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie wird sich am 16. Dezember mit der Angelegenheit beschäftigen. Hier sollen entsprechende Beschlüsse gefasst werden. Es ist zu hoffen, dass die Verarbeiter endlich mit aller Energie, im eigenen Interesse und im Interesse der Gesamtwirtschaft, gegen die Preisdiktatur und die Marktbeherrschung der Schwerindustrie ankämpfen werden. Das Reichswirtschaftsministerium hingegen hat die Pflicht, sich unverzüglich für die Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat geforderten Preissenkung einzusetzen und die Bemühungen der verarbeitenden Industrie zu unterstützen, ihre Selbständigkeit gegenüber der schweren Industrie zu behaupten.

SPD. Die unterbrochenen deutsch-tschechischen Kohlenverhandlungen werden in den nächsten Tagen in Berlin wieder aufgenommen werden. Währenddessen hat sich ohne allerdings viel Sachverständnis zu verraten, die nationalistische Agitation der Angelegenheit mächtig. Man fordert von der Regierung Druckmittel, um die Einfuhr von tschechischer Kohle nach Deutschland überhaupt zu verhindern.

Möglich wäre z.B. - und wir können es uns denken, dass man das als taktisches Mittel im Laufe der Verhandlungen benutzen wird - die deutsche Kohle gegenüber der tschechischen Kohle frachtlich zu begünstigen. Damit wäre aber wirtschaftlich gar nichts erreicht. Wir nehmen nämlich auf Grund der deutsch-tschechischen Kohlenabmachungen an der einen Stelle tschechische Braunkohle für die bayerische und für die sächsische Industrie herein. Das liegt im Interesse der deutschen Randindustrien und des tschechischen Braunkohlenbergbaus. Andererseits führt Deutschland auf Grund derselben deutsch-tschechischen Kohlenabmachungen nicht unerhebliche Mengen von Steinkohle nach der Tschechoslowakei aus. Der niederschlesische Bergbau exportiert zwei Drittel seines Absatzes nach der Tschechoslowakei. Ohne den Kohlenexport nach der Tschechoslowakei sähe es um den niederschlesischen Steinkohlenbergbau sehr traurig aus. Das liegt im Interesse des deutschen Steinkohlenbergbaus, aber nicht im Interesse des tschechischen Steinkohlenbergbaus im Revier von Mährisch-Ostrau und die dortigen Gruben toben gerade so sehr gegen deutsch-tschechischen Kohlenvertrag wie es die Protektionisten in Deutschland tun. In Wirklichkeit handelt es sich um eine wirtschaftliche Ausnutzung der kürzesten Frachtwege, um einen Kohlenaustausch über die Grenze, mit dem Ziel, die Industrien möglichst billig mit Brennstoffen zu beliefern. Es liegt sowohl im Interesse der Tschechoslowakei als auch im Interesse Deutschlands, dass Verschärfungen in den deutsch-tschechischen Verhandlungen vermieden werden und dass man möglichst bald zu einem Abschluss kommt.

Berliner Viehmarkt.

(9. Dezember)

SPD. Die Viehzentrale G.m.b.H. gibt den Auftrieb am Schweinemarkt mit rund 20 000 Tieren an. Die knappe Beschickung vom vorigen Freitag ist also ins Gegenteil umgeschlagen. Bei lebhaftem Geschäft ermässigten sich die Preise pro Pfund Lebendgewicht um etwa 3 bis 4 Pfennige. Auch auf dem Rindermarkt und dem Kälbermarkt genügte der Auftrieb. In einzelnen Klassen konnten jedoch die Preise des letzten Marktes gehalten werden. Auf dem Hammelmarkt gaben die Preise nach. Gering genährte Schafe wurden allerdings mit letzten Preisen bezahlt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:

Kühe: a) 40 - 44 (voriger Markt 42 - 46), b) 30 - 37 (32 - 39), c) 25 - 29 (27 - 30), d) 20-24 (22-26), Kälber: a) - (-), b) 68-78 (70-80), c) 60-70 (60-70), d) 40-55 (40-55); Schweine: a) (über 300 Pfund) 59 (62-64) b) (240-300 Pfund) 58-60 (62-64), c) (200-240 Pfund) 57-60 (62-64), d) (160-200 Pfund) 55-57 (60-61), e) (120-160 Pfund) 52-54 (56-57), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 52 (55-56).

In der deutschen Lokomotivindustrie, die eine Konzentration sicherlich nötig hat, scheint sich eine neue Klärung anbahnen zu wollen und zwar handelt es sich um ein Zusammengehen zwischen der AEG und der alten Berliner Firma Borsig, soweit der Lokomotivbau in Frage kommt. Die AEG hatte früher mal versucht, ihr Lokomotivgeschäft (Berlin-Henningsdorf) zu veräußern. Verhandlungen sind mit Krupp und Hanomag gepflogen worden, führten aber zu keinem Ergebnis. Jetzt ist man bei der AEG und bei Borsig dabei, die Lokomotivinteressen in eine besondere Gesellschaft einzubringen. Die AEG würde dabei führend sein. Bei Borsig, wo man ursprünglich vom Lokomotivbau ausging, spielt dieser seit langem nicht mehr die Rolle wie früher. Dagegen hat die AEG ihre Lokomotivinteressen erweitert. An dem Reichsbahngeschäft ist die AEG mit etwa 2,3% beteiligt. Die Beteiligung wird durch die Borsigquote (12%) angenehm abgerundet. Dafür soll aber die AEG die neue Ehe finanzieren und zwar spricht man von Bareinschüssen der AEG in die neue Gesellschaft in Höhe von 5 bis 10 Millionen Mark.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 1. bis 6. Dezember 1930 auf 90,4 gegenüber 88,9 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 85,0 (82,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 79,5 (78,4) und Gruppe Handel und Verkehr auf 114,2 (112,9).

SPD. Eine in Halle stattgefundene Vertreterversammlung des Heimstättenbundes G.m.b.H. beschloss die Liquidation des Unternehmens. Die Gesamtverluste werden auf 650 000 Mark geschätzt.

SPD. Von den rund 668 Millionen Mark, um die der Reichsbankkredit Ende November vermehrt in Anspruch genommen wurde, sind in der ersten Dezemberwoche nur 198,2 Millionen zurückgeflossen. Die gesamte Kapitalanlage ermässigt sich damit auf 2244,7 Millionen gegenüber 2382,5 Millionen Mark in der ersten Novemberwoche 1930. Die Bestände an Handelswechslern und Schecks verringerten sich um 3 Millionen auf 2000,2 Millionen Mark und die Lombardbestände um 155,7 auf 75,7 Millionen Mark.

Die Goldbestände sind um 10,3 Millionen auf 2190,3 Millionen Mark angewachsen. Bei den deckungsfähigen Devisen liegt eine Steigerung um 12,1 auf 536,9 Millionen Mark vor. Demnach haben sich die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen insgesamt um 22,4 Millionen auf 2727,2 Millionen Mark erhöht.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 47,4% in der Vorwoche auf 49,3%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 58,8% auf 61,4%.

SPD. Nach Vereinbarungen mit der Reichsregierung hat der Deutsche Städte-tag, die Spitzenorganisation der Deutschen Städte, die Weitertreibung der Preissenkung übernommen. Der Deutsche Städtetag will dabei nach Methoden verfahren, die in der Forschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen ausgearbeitet und in Berlin bereits versucht worden sind. In der Hauptsache kommt es dabei darauf an, durch einen Eildienst einen fortlaufenden Ueberblick über die Preise im Lande zu erhalten. Erfasst werden sollen dabei etwa 50 Grosstädte. Die fortlaufende Beobachtung, die zugleich eine gewisse Nachkontrolle ist, wird die Bezirke aufzeigen, die ein überhöhtes Preisniveau haben. Durch Errechnung der Spannen wird man auch denjenigen Faktoren auf die Spur kommen, die der Verteuerung zugrunde liegen. Aufgabe der Städte soll es dann sein, durch die Presse usw. auf eine Ermässigung der Preise hinzuwirken. Den Städten soll sogar empfohlen werden, nicht nur die billigeren Bezirke, sondern auch die Geschäfte mit den billigsten Preisen in der Oeffentlichkeit zu nennen. Das Vorgehen ist also auf moralischen Druck eingestellt.

Hinsichtlich der Bewegung der Spannen bei den Fleischpreisen sollen fortlaufend 10 oder 11 Grosstädte beobachtet werden. Hier handelt es sich um eine ausgesprochene Kontrolle, ob die Metzgermeister die zugesagte Ermässigung der Handelsspanne auch einhalten.

Notwendig erscheint es, dass die Städte irgendwie Einfluss auf die Kommissionen nehmen, die sich mit der Festsetzung von Preisnotierungen beschäftigen. In Berlin hat sich gezeigt, dass die Milchnotierungskommission mir nichts dir nichts den Erzeugerpreis um 2 Pfennige in die Höhe setzte, obwohl gerade um die gegenwärtige Zeit ein Rückgang der Erzeugerpreise einsetzt. Das war in Berlin nur möglich, weil die Interessenten in der Milchnotierungskommission unter sich waren. Die Vertretung einer objektiven Stelle in solchen Kommissionen kann derartige Ausschreitungen verhindern oder doch dazu beitragen, dass die Oeffentlichkeit frühzeitig davon erfährt.

SPD. Eine Sitzung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich einstimmig gegen eine Aufhebung des Nachtbackverbots ausgesprochen. Man ging dabei von der Auffassung aus, dass eine Aufhebung des Verbots zu entsprechenden Forderungen auf anderen Gebieten z.B. zu der Forderung nach Verlängerung des Ladenschlusses führen müsse. Das bedeute aber einen Einbruch in die soziale Gesetzgebung. Andererseits würde die Aufhebung des Nachtbackverbots zu einer Arbeiterentlassung führen, die im Augenblick nicht zu verantworten ist.

Deckungsroggen.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Dezember)

SPD. Das Interesse an der Berliner Produktenbörse konzentrierte sich am Dienstag auf Roggen. Das Angebot in effektiver Ware blieb weiter sehr klein. Gleichzeitig bestand aber rege Kauflust der Mühlen sowie des Handels zu Deckungszwecken, sodass die Preise für effektive Ware um etwa 3 Mark emporschnellen konnten. Der Markt der Zeitgeschäfte eröffnete schon um 1 bis 2 Mark fester und konnte im Verlaufe der Börse noch um durchschnittlich weitere 2 Mark anziehen. Weizen hatte ruhigere Tendenz. Am Zeitmarkt waren die Notierungen kaum verändert und auch im Handel mit effektiver Ware, wo die Nachfrage allerdings geringer war als das Angebot, fanden nur wenige Umsätze zu unveränderten Preisen statt. Der Mehlmarkt blieb nahezu geschäftslos bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer hatte kleinere Nachfrage und ruhige Tendenz. Der Gerstenmarkt blieb weiter stetig.

| | 8. Dezember | 9. Dezember |
|-------------------------------|--------------------------------|-------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 247 - 248 | 246 - 247 |
| Roggen | 152 - 153 | 155 - 156 |
| Braugerste | 204 - 222 | 202 - 220 |
| Futter- und Industrierogerste | 190 - 194 | 190 - 194 |
| Hafer | 139 - 144 | 139 - 144 |
| loco Mais Berlin | - | - |
| Weizenmehl | 29,00-36,75 | 29,00-36,75 |
| Roggenmehl | 23,65-26,75 | 23,75-26,85 |
| Weizenkleie | 10,25-10,50 | 10,15-10,00 |
| Roggenkleie | 9,00- 9,50 | 9,00- 9,50 |

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen Dezember 261 (Vortag 261½)
 März 271 1/4 - 271½ (272), Mai 281 (281). Roggen Dezember 174½ - 176½ (172½),
 März 184½-186½ (183 3/4), Mai 192-193 1/4 (190½). Hafer März 167 (167), Mai 177½.

Raufutternotierungen.

(Berlin, den 9. Dez.)

| | | |
|---|---------------------|---------------|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | RM | 0,70 - 0,80 |
| " Weizenstroh | " | 0,60 - 0,70 |
| " Haferstroh | " | 0,60 - 0,70 |
| " Gerstenstroh | " | 0,60 - 0,70 |
| Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt | " | 0,80 - 1,00 |
| Bundfadengepresstes Roggenstroh | " | 0,75 - 0,85 |
| " Weizenstroh | " | 0,65 - 0,75 |
| Häcksel | Tendenz ruhig | " 1,50 - 1,60 |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken | " | 1,30 - 1,70 |
| Gutes Heu, gesund und trocken | " | 1,80 - 2,30 |
| Luzerne, lose | " | - - - |
| Thymothee, lose | " | 2,85 - 3,15 |
| Kleeheu, lose | 2. Schnitt | " 2,60 - 3,00 |
| Mielitz-Heu, lose, rein | " | - - - |
| " " " (Warthe) | " | 1,60 - 1,80 |
| " " " (Havel) | " | 1,20 - 1,50 |
| Drahtgepresstes Heu | 40 Pfg. über Notiz. | |
| | Tendenz ruhig. | |

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Arbeitslosennot.

Nicht Panikmache, sondern Hilfe!

SPD. Die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern, die die Reichsanstalt soeben veröffentlicht, geben folgendes Bild: Am 30. November wurden in der Arbeitslosenversicherung rund 1 788 000 und in der Krisenfürsorge rund 566 000 Haupt=unterstützte gezählt. Das bedeutet gegenüber dem 15. November eine Zunahme von rund 127 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die neuen Zahlen in der Krisen=fürsorge sind wegen den eingetretenen Aenderungen der gesetzlichen Vorschriften mit den alten Ziffern nicht voll vergleichbar. Von den Arbeitsuchenden, die am 30. November auf den Arbeitsämtern verfügbar waren, sind etwa 3 762 000 als arbeitslos zu zählen, d.h. etwa 204 000 oder 5,7 % mehr als am 15. November. Die entsprechende Zahl des Vorjahres belief sich auf rund 2 101 000, die damalige Zunahme in der zweiten Novemberhälfte betrug fast 262 000 oder 14,2 %; sie war sowohl absolut wie im Verhältnis erheblich höher als in diesem Jahr. Ein nicht genau abzugrenzender Teil der Ueberhöhung der Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Gesamtzahl, insbesondere die verhältnismässig geringfügige Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um 2,3 v.H., könnte die Vermutung nahelegen, dass ein Stillstand in der Ver=schlechterung der Lage eingetreten sei; bestimmte Schlussfolgerungen in dieser Hinsicht wären jedoch verfrüht.

In den einzelnen Berufsgruppen hat der Arbeitsmarkt eine vorübergehende, in der Hauptsache jahreszeitlich bedingte, Stützung erfahren; in wichtigen Grossindustrien neigt jedoch der Beschäftigungsgrad eher zu weiterer Verschlechterung. In der Arbeitsmarktlage des Bergbaues hat die Verschlechterung nicht mehr das Ausmass der vorigen Berichtszeiten erreicht. Im Arbeitsmarkt des Bau=gewerbes wie besonders der Baustoffindustrie ist die zu erwartende weitere Ver=schlechterung eingetreten. Ein Rückgang der Beschäftigung in der Metallverar=beitung und im Holz=und Schnitzstoffgewerbe ist fast überall zu verzeichnen. Das gleiche gilt für die Bekleidungsindustrie, auch für das Spinnstoffgewerbe. In der Zigarren=, Zigaretten= und Rauchtakindustrie hielt die starke Belebung weiter an; der bevorstehende Rückschlag kündigt sich jedoch bereits in zahllo=sen Stilllegungsanträgen an. Das Verkehrsgewerbe hat nur in den Seehäfen eine Entlastung, in der Rhein=und Ruhrschiffahrt dagegen eine neue Verschlechterung erfahren. -

Die neuen amtlichen Arbeitslosenzahlen zeigen, dass die Schwarzseher, die bereits für den 1. Dezember mit 4 Millionen Unterstützungen rechneten, falsch pr
phzeit haben. Anfang Dezember betrug die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrtsunterstüt=zung rund 3 Millionen; auf die Versicherung entfallen 1,8 Millionen, auf die Krisenunterstützung 0,57 und auf die Wohlfahrt 0,7 Millionen. Die Zahl der Ar=beitsuchenden beträgt rund $3\frac{3}{4}$ Millionen. Das entscheidende Charakteristikum der Arbeitslosenzahl liegt in ihrem verlangsamten Tempo im Verhältnis zu den beiden Vorjahren. In der Zeit vom 17. Oktober bis zum 1. Dezember betrug in den beiden Vorjahren die Zunahme je 400 000, während sie dieses Jahr weniger als 300 000 ausmacht. Das Zunahmetempo verlangsamt sich. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahr sinkt. Man kann damit rechnen, dass bis zum Höhepunkt der winter=

lichen Arbeitslosigkeit, d.h. bis Ende Februar die Unterstütztenzahl höchstens bis auf 4 Millionen steigen wird. Diese Zahl hat, so schlimm sie auch sein mag, nichts direkt Beunruhigendes an sich; denn finanziell ist die Unterstützung dieser voraussichtlichen Höchstzahl gesichert. Auch die Gemeinden können mit Hilfe der ihnen gegebenen neuen Steuermöglichkeiten die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen finanzieren. Die neuen gemeindlichen Belastungen sind gewiss keine schöne Sache; allein mit Schimpfen auf unbequeme Dinge löst man die Notfragen dieses Winters nicht. Das sollte sich jeder gesagt sein lassen, der heute noch das Glück hat, in Arbeit zu sein.

Die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenunterstützung ist natürlich kein Anlass, etwa die Hände in den Schoss zu legen. Ganz im Gegenteil: die drückende Last zwingt gebieterisch, vor allem der strukturellen Arbeitslosigkeit, koste es was es wolle, nun endlich einmal auch mit strukturellen Hilfsmassnahmen zu begegnen. Das Kernstück dieser Massnahmen ist die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung. Sie steht bereits im Mittelpunkt der zur Zeit unter der Führung des Reichsarbeitsministers zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in Gang befindlichen Verhandlungen. Die Arbeitsstreckung soll im Weg einer freien Verständigung zwischen den beiden Gruppen herbeigeführt werden. Ein positives Ergebnis der Verhandlungen liegt im Augenblick noch nicht vor. Es wäre tief traurig, wenn es nicht dazu käme; denn zur Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt muss etwas geschehen. Ueber die Forderungen der Gewerkschaften über das preussische Arbeitsbeschaffungsprogramm ist in den letzten Wochen viel geredet und geschrieben worden. Allein mit klugem Gerede und spitzfindiger Aufstöberung von Schwierigkeiten, die gewiss mit den verschiedenen empfohlenen Hilfsmassnahmen verbunden sind, kommen wir nicht weiter. Taten sind notwendig. Eine solche Tat wäre die Verkürzung der Arbeitszeit. Natürlich ohne neue Lohneinbussen. Für die hat ja bereits der Lohnabbau ausgiebig gesorgt.

SPD. Die Umwandlung der stummen Filme in Tonfilme hat die Zahl der Arbeitslosen unter den französischen Musikern derart ansteigen lassen, dass der "Verband der ausgebildeten Musiker Frankreichs" sich mit einem Hilferuf an die Parlamentsmitglieder gewandt hat. In den letzten Wochen sind in der französischen Provinz 796 Musiker entlassen worden. Eine Pariser Filmgesellschaft, die 56 Theater kontrolliert, beabsichtigt, demnächst die Zahl ihrer Musiker, die gegenwärtig 547 beträgt, auf 56 zu kürzen. Der Musikerverband fordert vor allem, dass die Beschäftigung ausländischer Kapellen in Pariser Vergnügungsstätten eingeschränkt und französischen Künstlern der Vorzug gegeben wird.

SPD. Die westschwedische Steinindustrie beschloss ab 22. Dezember die Arbeit für mehrere Wochen einzustellen. Das Datum der Wiederaufnahme der Arbeit wird von der Entwicklung der internationalen Konjunkturlage abhängig gemacht. Die Massnahme betrifft rund 6 000 Arbeiter.

SPD. Zur Beilegung des Arbeitszeitkonflikts im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau finden am kommenden Montag in Leipzig beim Braunkohlensyndikat Schlichtungsverhandlungen statt.

Für Mansfeld sind die Bergarbeiterlöhne neu geregelt worden. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Mansfeld A.G. führten zu einem Abschluss, der einen Lohnabbau von 3,4 % festlegte. Bei der Beurteilung dieses neuen Lohnabbaus müssen die ganz besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse

nisse im Mansfelder Bergbau in Betracht gezogen werden.

Die Neuregelung hat folgenden Wortlaut:

" 1. Unter der Voraussetzung, dass die Subventionen über den 1. Januar 1931 fortgewährt werden, wird der Ecklohn der Lohn tafel von 5,90 Mark auf 5,70 Mark ermässigt. Die übrigen Löhne der Lohn tafel ermässigen sich in dem gleichen prozentualen Ausmass. Die in der Lohn tafel mit 5 Mark angegebenen tariflichen Löhne werden auf 4,80 Mark festgesetzt. Diese Lohnregelung läuft bis auf weiteres. Sie kann mit vierwöchiger Frist frühestens am 31. Dezember 1931 gekündigt werden

2. Vorstehende Lohnregelung wie auch die Bestimmungen des Manteltarifvertrages und das Mehrheitsarbeitsabkommen gelten auch für den Fall, dass der Kupferschieferbergbau in eine besondere Gesellschaft eingebracht wird."

SPD. Die Ärzte machen gegen die Notverordnungen mobil. Ihnen ist gerade das ein Dorn im Auge, was an der Reform der Krankenversicherung noch am ersten annehmbar ist, nämlich die Stärkung der Position der Kassen gegenüber dem reaktionären Leipziger Aerzteverband. Sie verurteilen daher die Notverordnungen in Grund und Boden. So heisst es in einer Entschliessung, die sie am Dienstag in ihrer Berliner Kundgebung gegen die Notverordnungen angenommen haben, die deutsche Aerzteschaft erkläre die weitere Einschränkung der ärztlichen Berufs-, Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit für unannehmbar. "Bleiben", so heisst es in der Entschliessung wörtlich, "die Verordnungen bestehen, so zwingen sie die deutsche Aerzteschaft zur Opposition gegen das heutige System der Krankenversicherung, dessen Aenderung der Stand mit allen zulässigen Mitteln erkämpfen will".

Die Herren Aerzte sollten etwas vorsichtiger sein und sich lieber mit den Kassen scheidlich=friedlich vertragen; denn sie sind bis jetzt mit der Krankenversicherung bestimmt nicht schlecht gefahren. Viele von ihnen haben verdient, und viele davon recht gut. Die Not der Zeit kann an ihnen naturgemäss nicht spurlos vorübergehen. Auch sie müssen zurückstecken.

SPD. Die durch die amerikanische Presse laufenden Stimmungsbilder aus der Arbeitsnachweisen zeigen, dass in Amerika das Arbeitslosenelend noch viel schlimmer ist als bei uns, weil es an einer regulären Unterstützung fehlt. "Früher", so sagen drüben die Arbeitslosen, "konnten wir wenigstens hoffen, wenn wir von Haus zu Haus zogen, einen Bissen Brot und etwas warme Suppe zu erhalten. Aber heute sind der Hungernden zu viel und das Betteln lohnt sich nicht mehr. Viele Verzweifelte erklären, wenn uns der Staat nicht die Möglichkeit gibt zu arbeiten, um uns erhalten zu können, so wollen wir ihm die Möglichkeit geben, uns erhalten zu müssen - im Gefängnis."

Zu dem äusseren Elend tritt drüben vielfach noch das bittere Gefühl von denen, die vorgeben, helfen zu wollen, betrogen zu werden: denn für jeden Nachweis einer Arbeitsmöglichkeit muss von den armen Teufeln, die kaum noch etwas haben, auch das Letzte hergegeben werden. Und wenn sie dann bei der angegebenen Firma erfahren, dass die Stelle, um die es sich handelte, schon besetzt ist, oder die Angabe falsch war - was sehr häufig vorkommt - so wird ihnen, wenn sie ihre Grössen, um die man sie geprellt hat, von dem Nachweis zurückfordern, auch noch mit der Polizei gedroht. Beschwerden bei der Polizei halten die zum Teil völlig heruntergekommenen Arbeitslosen für zwecklos. Wenn man sie fragt, warum sie sich nicht mit Hilfe der Polizei vor Arbeitsnachweisschwindel schützen erklären sie mit bitterem Lachen: Was? In diesen Kleiderfetzen? Glauben Sie denn, dass man uns überhaupt anhört? - Amerika ist reich, aber die Reichen haben für die Armen immer am wenigsten übrig.

Deutscher Reichstag

11. Sitzung vom 9. Dezember 1930.

SPD. Präsident Löbe teilt nach Eröffnung der Sitzung mit, dass in Zugschriften von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei festgestellt wird, bei den namentlichen Abstimmungen am Sonnabend seien infolge der neuen Platzverteilung einige Versehen vorgekommen. So sind beispielsweise die Stimmkarten des im Reichstag garnicht anwesenden Abg. Siller (Wirtschaftspt.) versehentlich vom Abg. Schwarzer (Bayr.Vp.) im Sinne der Bayerischen Volkspartei abgegeben worden.

Ein Antrag der Deutschen Bauernpartei auf Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Ederer (D.Bauernpt.) wird ohne Debatte dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Hierauf kommt das Pensionskürzungsgesetz zur ersten Beratung.

Abg. Rossmann (Soz):

Wenn es nach dem Willen meiner Fraktion gegangen wäre, dann hätte man die unerfreulichen Zustände auf dem Gebiet der Pensionen schon längst abgeschafft. Im Wahlkampf und auch vorher haben die Parteien der Rechten, besonders die Nationalsozialisten, die unwahrhaftigsten und beleidigende Angriffe gegen uns erhoben. Seit der Staatsumwälzung haben die Rechtsparteien nicht aufgehört, zu behaupten, die Republikaner und besonders die Sozialdemokraten drängten sich an die Futterkrippe des Staates, um hohe Gehälter zu erlangen. (Sehr richtig! rechts) Es sind schon eine grosse Anzahl Beamte republikanischer Gesinnung durch den Terror der Rechtsparteien vorzeitig pensioniert worden. (Lachen rechts) Dem Spiessbürger aber wird jeden Morgen eingeredet, die Roten stellten das Hauptkontingent der Grosspensionäre. (Höhnische Zustimmung rechts) Der "Völkische Beobachter" (Händeklatschen der Natsoz.) vom 24. Dezember 1929 brachte einen Artikel "Die Partei der pensionierten Bonzen". Darin waren allgemeine Beschuldigungen erhoben, in neun Fällen waren die Namen nicht genannt, sodass jede Kontrolle unmöglich war. Von weiteren 21, die dort angeführt sind, beziehen 14 überhaupt keine Pension und haben nie eine bezogen. (Hört! Hört! links) Der Artikel nennt zwei Sozialdemokraten als Staatsminister, die niemals Staatsminister gewesen sind und niemals eine Pension bezogen haben. (Hört! Hört! links) Der eine der beiden ist heute noch aktiver Beamter, der andere ist seit 2 Jahren tot, wird aber trotzdem als Mitglied dieses Hauses und als roter Pensionsbezieher aufgeführt! Die ganze Mache entpuppt sich demnach als nationalsozialistischer Gespensterspuk. Selbst Reichstagspräsident Löbe wird als Pensionsempfänger genannt, dabei bezieht der Reichstagspräsident weder Gehalt noch Pension. (Lebh. Hört! Hört! links und in der Mitte.)

Im Reichstagshandbuch steht auch der Wahlaufufruf der NSDAP. (Ironischer Beifall und Lärm rechts) Dieser Wahlaufufruf enthält nicht weniger als 106 grobe Schimpfwörter gegen die sogenannten Verbrecherparteien, zu denen nicht nur wir und die Kommunisten, sondern auch das Zentrum und die Demokraten gerechnet werden. (Händeklatschen der NS) Ungefähr 40 mal sind die Worte "Lügner und Betrüger" wiederholt. Ein Flugblatt der NSDAP, verantwortlich gezeichnet von dem Abg. Dreher, behauptet, dass das Volk an 126 Beamte, die zugleich Reichstagsmitglieder seien, 1. das laufende Beamtengehalt, 2. die Reichstagsdiäten, 3. die Entschädigung für Ausschusssitzungen, 4. das Gehalt für Ersatzgestellung zahle. In diesem Reichstag sind nicht weniger als 35 Beamte als nationalsozialistische Abgeordnete. (Stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte. Gegenrufe der Nazi: Das sind richtige Beamte, keine Bonzen.) Das sind 33 % der ganzen NS-Fraktion. Sie haben also gar kein Recht, anderen Parteien Vorwürfe darüber zu machen. (Zustimmung links. - Geschrei rechts. - Präsident Löbe mahnt den Abgeordneten Dreher zur Ruhe.)

Es ist ganz klar, dass die Feststellung solcher Tatsachen Ihnen, die

draussen mit solchen Verleumdungen arbeiten, höchst unbequem ist. Ihr Wahlauf-
ruf passt am besten auf Sie selbst. (Goebbels: Nieder mit der Hungerregierung,
nieder mit der Kapitalsregierung. - Mitleidige Heiterkeit im ganzen Hause.)
Auf Drängen unserer Fraktion hat der Reichstag wiederholt Gesetze auf Pen-
sionskürzung mit einfacher Mehrheit verabschiedet. Aber die erforderliche
qualifizierte Mehrheit ist immer von den Parteien verhindert worden, die draus-
sen mit der Pensionsfrage die schlimmste Hetze betreiben. Am 23. Oktober 1923
ist auf unseren Antrag das erste Pensionskürzungsgesetz geschaffen worden, das
aber kaum zwei Jahre darauf unter dem deutschnationalen Finanzminister Schlie-
ben wieder beseitigt worden ist. Immer wieder will man die Sozialdemokraten
in Bezug auf Gehalt und Pensionen als Staatsbürger minderen Rechtes hinstellen.
Dass sozialdemokraten auf gesetzmässige Beamtenbezüge verzichten sollen, ver-
bietet ihnen die Selbstachtung, umso mehr, als die Feinde der Republik sich
gar kein Gewissen daraus machen, von der Republik Gehälter und Pensionen zu be-
ziehen, obwohl sie die Republik zu beseitigen trachten. (Rufe rechts: Aus
Steuergeldern!) Zur Abwehr der Schlammschlacht des Hasses ist auf unser Betreiben
am 18. November 1926 von der Reichsregierung die Denkschrift über die Pensions-
empfänger vorgelegt worden. Gut die Hälfte der dort aufgeführten Minister und
Staatssekretäre stammen aus der Zeit der Monarchie. 1800 Generäle und Admiräle
sowie kaiserliche Prinzen bekommen bis zu 19 000 Goldmark im Jahr. Darunter fin-
det man auch den ganzen Klub putschistischer Offiziere, an der Spitze jenen
Herrn von Lossow, den unser jetziger Kollege von Seeckt, damals Chef der Hee-
resleitung, in einem Rundtelegramm vom November 1923 der Meuterei und des be-
waffneten Aufstandes gegen das Reich beschuldigt hat. (Rufe rechts! Habt Ihr
selber gemacht!) Wir verlangen schleunige Ergänzung dieser Denkschrift und
ihre Ausdehnung auf die Länder und Gemeinden. Wir haben auf diesem Gebiet
keine Feststellung zu fürchten. (Lebh. Beifall der Soz.) Der Haushalt 1930
enthält auch die Pensionen für 55 603 Offiziere der alten Armee, die sich nicht
im geringsten daran stossen, sich mit 181 Millionen Mark im Jahr von der Repu-
blik befürsorgen zu lassen. (Wütendes Geschrei rechts) So gerecht und gesetz-
mässig die Republik hier handelt, so hat sich die preussische Monarchie 1866
gegen die Hannoverschen Offiziere nicht verhalten, die rücksichtslos entlas-
sen wurden. (Geschrei rechts)

Von den rund 2 Milliarden Pensionslasten der Länder, Gemeinden, der Reichs-
post und der Reichsbahn beziehen Sozialdemokraten noch nicht den Bruchteil
eines Zehntausendstels. Gewiss sind diese Lasten nicht zuletzt auf den Krieg zu-
rückzuführen, der zahlreiche Beamte vorzeitig pensionsreif machte, und der die
Zwangspensionierung der Offiziere zur Folge hatte. Auch der Verlust deutscher
Gebiete mit ihren Beamtenstellen und der grosse Beamtenabbau haben diese Last
vergrössert. Trotz all' dieser Tatsachen behauptet der Wahlaufruf der NSDAP:

"Die Beendigung des Krieges sah ein Deutschland, das an innerem Reichs-
tum nichts verloren hat; von 1918 an hat die Republik die angesammelten Reser-
ven und Guthaben unseres Nationalvermögens versilbert und verflüssigt."
(Entrüstungsrufe links. - Händeklatschen der NS. 2 Millionen deutsche Männer,
die als Opfer gefallen sind, das durch den Krieg zerstörte Glück der Witwen,
Waisen und Eltern das alles rechnet bei Ihnen nicht. Diese Demagogie verdien-
te auch mal in diesem Hause eine ganz gehörige Beantwortung. (Lachen rechts)

Rechtlich gesehen ist die Vorlage eine ausgezeichnete Arbeit, gegen ihren
Inhalt haben wir Manches einzuwenden. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran,
die wirklich wohlverdienenden Pensionsansprüche der grossen Masse der Beamten
irgendwie anzutasten. Es sollen auch nur die Grosspensionen und Doppelverdien-
ste in dieser Zeit grösster Massennot getroffen werden. Der finanzielle Erfolg
wird nicht sehr bedeutend sein, aber es kommt auf die psychologische Wirkung
an, denn die Erregung über diese Zustände ist sehr gross. Wenn der Entwurf den
Versuch macht, eine scharfe Grenze zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen

Mitteln zu ziehen, so ist zu sagen, dass nur der Umweg über die Steuerkasse diesen Unterschied ausmacht, denn es gibt nur Mittel aus der Volkswirtschaft. Das Volk aber, das unendliche Opfer bringen muss, um die Arbeitslosen, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw. zu erhalten, verträgt es nicht mehr, dass grosse Pensionen und Wartegelder ungekürzt weitergezahlt werden sollen. Die kleinen und mittleren Pensionsempfänger werden durch die Neuregelung kaum betroffen werden. Die Grenze von 6 000 Mark für das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von Pensionären ist seinerzeit nur genommen worden, weil sonst der Widerstand eines grossen Teils dieses Hauses gegen die Pensionskürzung überhaupt nicht überwunden werden konnte. Da sich aber die Not des Volkes inzwischen verschärft hat, erscheint uns diese Grenze viel zu hoch. Nach der Vorlage würde übrigens jemand mit 26 000 Mark Arbeitseinkommen noch immer 10 000 Mark Pension beziehen können; erst bei 46 000 Mark Einkommen würde das aufhören. Darin muss natürlich eine Aenderung eintreten. Vor allem müssen die Hilflosen und Kriegsbeschädigten geschont werden. Ganz unerträglich ist für uns die vom Reichsrat beschlossene Begrenzung des Gesetzes bis zum 31. März 1935. Von einer Konfiskation hoher Pensionen ist natürlich keine Rede, wenn wir eine Höchstgrenze für Pensionen fordern. In Preussen und Sachsen bestand sie schon vor dem Kriege, ebenso in Württemberg, wo die Höchstpension 8 000 Mark war. Was in dem reichen Deutschland von damals möglich war, kann in dem verarmten Deutschland, das den Krieg verloren hat, nicht weiterbestehen. (Sehr wahr! links)

Der Sozialismus will nicht eine Gleichmacherei, er hält qualifizierte Arbeit für durchaus notwendig und um sie zu gewinnen, muss man sie auch angemessen entlohnen. Wir wollen, dass alle schaffenden Menschen aus ihrer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. Da Millionen heute darauf leider verzichten müssen, können nicht Gehälter und Pensionen eine übergrosse Höhe erreichen. In diesem Sinne werden wir im Anschluss an der Verbesserung der Vorlage arbeiten. (Lebh. Beifall und Händeklatschen der Soz.)

Abg. Sprenger (Natsoz.) (begrüssst von den Kommunisten mit dem Ruf: Ist das einer von den 35 Pensionären?) Der Redner beginnt mit einer ausführlichen historischen Untersuchung: Vor hundert Jahren... (allgemeine Heiterkeit) gab es Pensionen nach der Leistung. Der Verrat von 1918, die Schiebung im Interesse der Parteibonzen (Händeklatschen der NS) hat das geändert. Das war keine Revolution, so sieht eine Revolution nicht aus. Bei uns gibt es zwar 12 höhere Beamte, aber bei der Sozialdemokratischen Fraktion gibt es 20 Beamte ohne Berufsausbildung, (Hört! Hört! rechts) und 18 Parteibeamte, die auf Grund ihres Parteibuches die Gelder ihrer Mitglieder verzehren. Die Sozialdemokraten haben die "wohlerworbenen Rechte" unter Verfassungsbruch durch den Beamtenabbau mit Füßen getreten. (Beifallslärm rechts) Die Sozialdemokraten haben entgegen der Verfassungsbestimmung, dass alle Staatsbürger nach Massgabe ihrer Kräfte zu den Lasten des Staates herangezogen werden, einseitig die Reichshilfe und den Gehaltsabbau der Beamten unterstützt. Die Sozialdemokraten haben in die gesunde Beamtenschaft erst die Korruption hineingetragen. (Zuruf links: Unverschämtheit. - Vizepräsident Stöhr überhört die unparlamentarische Ausdrucksweise seines Parteigenossen.) Der Strohalm der Gehalts- und Pensionskürzung rettet nicht die ertrinkenden Finanzen. (Sozialdemokratischer Zwischenruf: Futterneid!) Ich habe kein Anlass zum Futterneid, denn ich habe in pflichtmässiger aufopfernder Arbeit im Staatsdienst auf legalem Wege meine Pensionsansprüche erworben. (Grosse Heiterkeit links. - Händeklatschen rechts) Die Beamten werden zu Tausenden in unsere Partei gehen, und wir werden dafür sorgen, dass die Disziplinarverfahren der Preussischen Diktatur niemals aufhören werden. Wir sind für eine Untersuchung der Möglichkeit des Abbaues von grossen Pensionen, die an sich auch den hohen Beamten verfassungswidrig zustehen, und für das Verbot der Konkurrenz pensionierter Beamten gegenüber den arbeitslosen Angestellten. (Beifall rechts)

Abg. Laverrenz (Dnat.): Der Gesetzentwurf ist ein typisches Kind des Marxismus. (Heiterkeit links) Dafür zeugen die immer wiederholten Angriffe gegen die alten Offiziere, die treu gedient haben, ihre Steuern zahlen und auch das Recht in Anspruch nehmen, ihre freie Meinung zu äussern. Sie (nach links) haben ja die unerfreulichen Zustände der Gegenwart mit geschaffen, d.h. Tausende von Offizieren und Beamten aus ihrer Laufbahn herausgerissen. Der Redner verliest dann eine sehr lange Erklärung gegen das Gesetz, die sich auf Verfassungsbestimmungen und wohlverworbene Rechte beruft. Arbeitsfreudigkeit und Arbeitswille werden unter Strafe gestellt. Treue und Glauben und die Eigentumsrechte werden bedroht. Die Strafbestimmungen über völligen Entzug der Wartegelder und Ruhegehälter sind so ungeheuerlich, dass sie nur den Terrormassnahmen der Preussischen Regierung gegen Teilnehmer am Freiheitsbegehren zu vergleichen sind.

Abg. Torgler (Komm.) will sich nicht in den "häuslichen Streit" zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten einmischen. Mein Parteifreund Dr. Neubauer bezieht 400.- Mark Wartegeld, von dem er nicht die Nutzniessung hat. Ihr Minister Frick hat die wohlverworbene Rechte des Abg. Neubauer so geachtet, dass er ihm die Entziehung des Betrages wegen seiner politischen Tätigkeit androht. (Lebh. Hört! Hört! Hört! links) Sämtliche kommunistischen Gemeindevorsteher sind von Frick und Severing in Thüringen und Preussen abgesetzt worden, auch die Berufsbeamten unter ihnen. So treten Sie die Rechte der Beamten mit Füßen. (Nazigebrüll Zuruf rechts. Lügen Sie doch nicht so! - Geschrei der Kommunisten. Abg. Dr. Neubauer erhält einen Ordnungsruf.) Die Rede des Abg. Sprenger ist ebenso vorsichtig, wie die des Abg. Feder von voriger Woche. (Gebrüll rechts). - Der Redner verliest dann unter dem wütenden Gebrüll der Nazis einen Bettelbrief des Jülicher Nazimanns Gruf an einen dortigen Papierfabrikanten, der "mit treudeutschem Gruss" gezeichnet ist: (Die Kommunisten stehen auf und rufen "treu deutsch allewege". - Gebrüll rechts). Wir wissen ja schon lange, dass Sie eine kapitalistische Partei sind. Das Pensionskürzungsgesetz ist ein Täuschungsmanöver der Regierungsparteien, weil die kaiserlichen Grosspensionäre überhaupt nicht unter Kürzungen zu leiden haben werden.

Abg. Dr. Krone (Z.): Mein Parteifreund Adenauer hat nicht das hohe Gehalt, das ihm nachgesagt wird. (Widerspruch links) Wir begrüßen das Pensionskürzungsgesetz. Die Rede des Abg. Sprenger war nicht Fisch noch Fleisch. (Nazigebrüll: Ihr seid nie Fisch und Fleisch gewesen. - Glocke des Präsidenten.)

Abg. Morath (DVP): Wir lehnen in konsequenter Fortführung unserer bisherigen Haltung (Hört! Hört! links) das Pensionskürzungsgesetz ab, weil es das Berufsbeamtentum zerstört.

Abg. Rauch-München (Bayr. Vp.): In einer Zeit der grössten Arbeitslosigkeit geht es nicht an, dass die Empfänger von Pension und Wartegeld andere Menschen vom Arbeitsplatz verdrängen. Das wollen wir verhindern. Der vorliegende Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Wir werden uns im Ausschuss gegen alle die Bestimmungen wenden, die über den Zweck, den Doppelverdienern ein Ende zu machen, hinausgehen.

Gegen 6 Uhr wird die Aussprache unterbrochen, weil die am Sonnabend zurückgestellten Abstimmungen zur Notverordnung nachgeholt werden sollen.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Deckungsmassnahmen aus der Juli-Notverordnung mit 294 gegen 202 Stimmen abgelehnt. Der kommunistische Antrag, der eine Höchstgehaltsgrenze für Beamte von 8000 Mark und eine Höchstpensionsgrenze von 6000 Mark einführen will, wird mit 454 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Mit 319 gegen 197 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen wird dann der kommunistische Antrag abgelehnt, der hohe Vermögens-, Einkommen-, Dividenden- und Tantiemen-Sondersteuern fordert. Auch die übrigen kommunistischen Anträge auf Aenderung der Juli-Notverordnung werden abgelehnt, so u.a. mit 354 gegen 162 Stimmen der

Kommunisten und Nationalsozialisten, der Antrag, die Aenderung der Arbeitslosenversicherung wieder rückgängig zu machen. Die kommunistischen Anträge, die die Krankenschein-Gebühr wieder beseitigen und als Krankenversicherungspflichtig auch Erwerbslose, Renten-, Pensions- und Unterstützungsempfänger bestimmen wollen, werden gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt. Angenommen werden einige Ausschuss-Entschliessungen, die eine Aenderung der Kranken-Versicherung und des Versorgungswesens fordern. Die Annahme erfolgt gegen die hinter der Regierung stehenden Parteien.

In der 20. Stunde wird die Beratung abgebrochen. Der Präsident schlägt für die Sitzung am Dienstag nachmittag 15 Uhr eine lange Tagesordnung vor. Darüber entspinnt sich eine ausgiebige Debatte, zu deren Beginn der Reichskanzler seinen Platz einnimmt.

Abg. Dr. Frick (Natsoz.) verlangt, dass am Mittwoch über die Aussenpolitik beraten werde.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat) stellt den gleichen Antrag und spricht dabei höhnisch und zur Entrüstung der Linken von "Ihrer Weimarer Verfassung", die den Reichstag als Träger der Volkssouveränität bestimme; der Hinweis des Aussenministers, dass er im Reichsrat über die Aussenpolitik gesprochen habe, genüge nicht.

Abg. Stöcker (Kom.) verlangt gleichfalls die aussenpolitische Debatte, schon um die Entwicklung der Nazipartei zu einer kapitalistischen Erfüllungspartei darzutun.

Abg. Ulitzka (Z.): Niemand kann mehr als wir mit den Opfern des Polenterror fühlen. Ich habe ihre Verzweiflungsschreie gehört, ich habe die Misshandelten gesehen. Im Interesse der Aktion der Reichsregierung und des Präsidenten Calonder (andauernde Hohnrufe rechts) - seien Sie froh, dass Calonder Präsident des völkerbundlichen Oberschlesienamtes ist; er hat jetzt, was zum allerersten Male vorgekommen ist, sich direkt beschwerdeführend an den Rat gewendet! - halten wir aber eine Reichstagsdebatte im jetzigen Zeitpunkt für ungeeignet, zumal man ihrem Verlauf und Ergebnis nach dem, was hier schon vorgegangen ist, nicht ohne Besorgnis entgegensehen muss. (Zustimmung links und in der Mitte, grosses Geschrei rechts. - Präsident Löbe mahnt dringend zur Ruhe.)

Abg. Dr. Kleiner (Dnat) behauptet im Gegensatz zum Vorredner, die deutschen Ostoberschlesier verlangten die aussenpolitische Debatte.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) beantragt ausserdem, den Antrag seiner Fraktion auf Einstellung des Reichspolizeikostenzuschusses an Preussen auf die Tagesordnung zu stellen; nach der Rede Dingeldeys müsse die Deutsche Volkspartei diesen Protest gegen die Wirtschaft in Preussen mitmachen.

Abg. Jaddasch (Kom.) hält den schmetternden Tiraden Kleiners entgegen, dass Kleiner damals, als der Abwehrkampf gegen die polnischen Insurgenten geführt wurde, sich hinten in der Etappe herumgetrieben habe. Jetzt wolle man schon wieder einen nationalistischen Selbstschutz aufziehen. Die Kommunisten forderten die Debatte, um die deutschen und die polnischen Arbeiter darüber aufzuklären, dass sie sich nicht von den Ausbeutern gegeneinanderhetzen lassen dürften (Geschrei rechts, Händeklatschen der Kom.)

Nachdem Abg. Ulitzka (Z) nochmals seine Warnung wiederholt hatte, spricht

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Herr Kleiner hat von der Notwendigkeit gesprochen, eine einheitliche nationale Kundgebung zugunsten der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien zu veranstalten. Nach der Probe, die uns diese Geschäftsordnungsdebatte geboten hat, scheint eine solche einheitliche Kundgebung kaum zustande zu kommen. Diese Tatsache hat uns in der Meinung bestärkt, dass eine aussenpolitische Debatte in diesem Augenblick weder im Interesse der deutschen Minderheit, noch im Interesse des Deutschen Landes gelegen ist. Einzig und allein aus diesem Grunde werden wir die Anträge der Rechten ablehnen. Herr v. Freytagh-Loringhoven hat sich

auf die Verfassung berufen, die eine solche Debatte fordere; er hat dabei mit verächtlichem Ton von der Verfassung gesprochen, die nicht die seine ist. Ich erinnere ihn daran, dass es die Verfassung ist, die er beschworen hat. (Lebh. Beifall links und in der Mitte, Gebrüll rechts).

Abg. Leicht (Bayer.VP.) Der Auftakt zu der beantragten sachlichen Debatte über die Aussenpolitik in der heutigen Aussprache zur Geschäftsordnung bestimmt uns, den Antrag der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abzulehnen. (Lärm und Heiterkeit rechts).

Abg. Dr. Kleiner (Dnat.): Herr Abg. Jaddasch und lieber Landsmann. (Heiterkeit links). Ich war Hauptschriftleiter der "Ostdeutschen Morgenpost" in Oppeln und Mitkämpfer am Annaberg. Wer mir Drückebergerei vorwirft, ist ein Verleumder.

(Präsident Löbe fragt den Redner, ob er den Ausdruck Verleumder bestimmten Abgeordneten zugebracht hat.) Ich meine damit die zwei Abgeordneten, die mich verleumdet haben. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf. Ich danke. (Der Redner erhält einen zweiten Ordnungsruf). Ich habe dem Abg. Ulitzka vorzuwerfen, dass er die Privatinteressen der Regierung vor die des oberschlesischen Volkes stellt. (Gebrüll und andauernde Pfui=Rufe rechts.- Glocke des Präsidenten).

Abg. Jaddasch (Kom.): Ob an oder hinter der Front, Herr Kleiner war nicht in seinem Wohnort. (Gebrüll, Aha! und Pfui=Rufe rechts) Wo waren Sie bei der Erschiessung kommunistischer Arbeiter durch deutschen Selbstschutz und Entente-truppen? Wo waren Sie bei der Niederknüppelung deutscher Arbeiter und Bauern durch Mussolini in Südtirol. (Gebrüll rechts) Wo waren Sie bei den Mordtaten der Zörgiebel-Kosaken? Sie haben kein Recht, sich über Terror zu beklagen. (Gebrüll rechts, Beifall links)

Abg. Külz (Staatsp.) mahnt zur ruhigen Behandlung der oberschlesischen Frage und erklärt, dass eine aussenpolitische Debatte den Oberschlesiern nichts nützt.

Abg. Dingeldey (DVP) erkennt den Wert einer einheitlichen nationalen Kundgebung für die deutsche Minderheit an, glaubt aber nicht, dass in diesem Parlament der Uneinigkeit eine solche Kundgebung möglich ist.

Abg. Brückner (Natsoz.): Wenn auch die Kommunisten die nationale Einheitsfront zerbrechen werden (Gebrüll links), so wäre es Pflicht des Präsidenten dieses sogenannten hohen Hauses (Ordnungsruf), selbst eine solche nationale Kundgebung zu veranlassen.

Die Abstimmungen über die Tagesordnung ergeben die Ablehnung aller Änderungsanträge zu der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluss 20,30 Uhr.
